Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Montag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 21,50 Mk. Durch die Post monatl. 21,50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 200 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 700 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 1 Mark | **Montag, den 29. Mai 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 123**

Das Proletariat soll bluten

Die Unabhängigen bereiten einen neuen Verrat vor

Die Antwort der Reparationskommission auf die Anfrage der deutschen Regierung, ob sie mit der Einfügung einer sogenannten Katastrophenklausel in den mit dem Finanzminister Hermes vereinbarten Vertrag einwilligen würde — einer Klausel, die besagen sollte, daß bei einer neuen starken Entwertung der Mark an dem 31. März als Stichtag zur Festsetzung der schwebenden Schuld nicht festgehalten werden würde — ist eingetroffen. Die Reparationskommission hat das Ersuchen der deutschen Regierung glatt abgelehnt, indessen hinzugefügt, daß, wie auch bei allen anderen Abkommen, höhere Gewalt von der Einhaltung vertraglicher Verpflichtungen befreie. Auf Grund dieses „Zugeständnisses“ soll die Regierungskrise geschlichtet und dem Hermesvertrag zugestimmt werden. Im Reichskabinett war ihm die Mehrheit von vornherein sicher, da der Reichskanzler seinen Widerstand bereits aufgab, und auch im Reichstag „hofft man, eine große Mehrheit für die Vereinbarungen zu finden“.

Das „Zugeständnis“ der Reparationskommission ist in Wirklichkeit kein Zugeständnis, sondern besagt einfach, daß, wenn der Versuch, die deutsche Notenpresse stillzulegen, mißlingt — und die Reparationskommission weiß, daß er mißlingen muß — daß dann beide Teile an den Vertrag nicht mehr gebunden sind. Mit anderen Worten: die französische Regierung behält sich weiterhin das Recht auf Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland vor. Die idyllische Perspektive, die die kleinbürgerlichen Redakteure der SPD.-Presse in den letzten Tagen ausmalten und mit der sie ihre Unterstützung der neuen Vereinbarung begründen, der Uebergang zu friedlichen Beziehungen zwischen dem französischen Gläubiger und dem deutschen Schuldner, zerstiebt in blauen Dunst. Die Zustimmung des Reichskabinetts, einschließlich des einen Augenblick widerspenstigen Wirth, ist eine neue vollkommene Kapitulation vor Frankreich.

Mit einem zweiten „Zugeständnis“ der Reparationskommission, das die bürgerliche Presse ausposaunt, verhält es sich nicht besser, als mit dem ersten. Die Presse behauptet, der Stichtag des 31. Mai sei auf den 15. Juni verschoben. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß gemäß dem Versailler Vertrag eine alljährliche Zahlungsversäumnis Deutschlands am 31. Mai erst nach 14 Tagen, also am 15. Juni, endgültig festgestellt werden kann. Mit dem Stichtag für die Festsetzung der schwebenden Schuld hat dies nichts zu tun, er bleibt der 31. März nach wie vor.

Ihre tiefere Ursache hat die Krise, die für den Augenblick und oberflächlich als beigelegt erscheint, in dem Widerstreit der beiden verschiedenen Strömungen innerhalb der deutschen Bourgeoisie, von denen die eine, die augenblicklich die Oberhand hat, auf jede selbständige imperialistische Rolle Deutschlands verzichtet und durch die vollste Unterwerfung unter den Versailler Vertrag auf die Länge aufheben zu können glaubt, während die andere an der Seite Englands, ebenfalls im Rahmen des Versailler Vertrags, einige Brocken vom Tische des Weltimperialismus zu ergattern strebt. Beides sind nur zwei verschiedene Methoden ein und derselben bürgerlichen Bankrottpolitik, was drastisch durch die Tatsache bewiesen wird, daß der Vertrauensmann der Rechtsparteien, Hermes, plötzlich als der Erfüllungspolitiker par excellence und der Erfüllungspolitiker Wirth als Vertrauensmann der Schwerindustrie erscheint.

Dieser Widerstreit der bürgerlichen Interessen spiegelt sich am klarsten in der Deutschen Volkspartei wider. Sie hat noch keine einheitliche Stellung zum Hermes-Vertrag eingenommen. Während es zuerst hieß, die Volkspartei werde dem Vertrag zustimmen, haben sie sich am Sonnabend im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags wie die Deutschnationalen gegen den Hermes-Vertrag entschieden. Sie haben ihre „schweren Bedenken“ gegen die ausländische Finanzkontrolle und vor allem gegen die Stillegung der Notenpresse, weil in der „Stabilisierung der deutschen Valuta“ eine Gefahr für die Schleuderkonkurrenz und hohen Profite der Schwerindustrie sehen.

Die Haltung der SPD. ist konsequent. Sie unterstützt die Erfüllungspolitik, mag ihr Autor Wirth oder Hermes heißen. Sie ist bereit, dem deutschen Proletariat 60 Milliarden neue Steuern, neue Arbeitslosigkeit, neues Elend aufzuhalsen. In diesem Bestreben beeilen sich die Unabhängigen bereits wieder, ihnen getreue Hilfsdienste zu leisten. Es dreht sich wieder einmal um das Schicksal der in wochenlanger Krise geschüttelten Regierung Wirth, die am heutigen Montag im Plenum des Reichstags ihre Politik verteidigen muß. Da die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihrer Wähler wegen gegen die Regierung Wirth stimmen werden und die Kommunisten natürlich auf keinen Fall die Regierung der Wirth, Hermes, Radbruch stützen können, fühlt sich die USPD. aufs neue berufen, die Wirth-Regierung zu retten. Da es auf die Stimmen der USPD. ankommt, bereitet die „Freiheit“ bereits einen neuen Verrat vor, indem sie in ihrer Sonntagnummer erklärt, daß die Fraktion sich zwar noch nicht entschieden hat, für sie sei nur die Stellung der Regierung zu den Fragen der Arbeiterschaft maßgebend. Das bedeutet, daß die Unabhängigen wieder einmal die Regierung Wirth zu retten bereit sind, wenn sie nur ein paar leere Zusicherungen gibt, die sie zu nichts verpflichten. Ist erst die Regierung Wirth-Hermes gerettet, dann werden schon die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei im Verein mit der SPD. dafür sorgen, daß die von der Entente geforderten 60 Milliarden neuen Steuern allein dem Proletariat aufgehalst werden.

Die unabhängigen Führer erweisen sich somit wieder einmal als die besten Stützen der Bourgeoisie. Wollten sie wirklich Garantien dafür schaffen, daß die Arbeiterinteressen gewahrt, daß der Achtstundentag gesichert, die Preisgabe der Reichseisenbahnen verhindert und statt neuer Steuern die Erfassung der Sachwerte erfolgt, dann müßten sie mit den Kommunisten zusammen für die Beseitigung der Regierung Wirth eintreten, zumal ihr noch immer derselbe Hermes als Finanzminister angehört, den sie vor kurzem noch wegen der korrupten Weinaffäre als den unmöglichsten Minister bezeichnet haben. Den unabhängigen Führern ist sehr wohl klar, daß von dieser Regierung nichts zu erwarten ist, was die Sicherung der Arbeiterinteressen und die Erfassung der Sachwerte garantiert. Sie wissen, so gut wie wir Kommunisten, daß nur eine ausgesprochene Arbeiterregierung solche Garantien bieten kann, die sich auf eine **kämpfende Einheitsfront des Proletariats stützt.** Aber den Kampf um Arbeiterinteressen, der die Arbeiterschaft in eine Front zusammenführt, den scheuen sie als Pazifisten wie der Teufel das Weihwasser, und darum stützen sie lieber den frommen Herrn Wirth, der den sozialen Frieden predigt und dafür sorgt, daß die Grabesruhe der ungezählten Proletarier, Frauen und Kinder nicht gestört wird, die infolge verschärfter Ausbeutung, der dauernd steigenden Teuerung, des Elends und der Not täglich ins Grab fallen.

Hermes triumphiert

Berlin, 27. Mai. Die Beratungen des Reichskabinetts über die Pariser Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes mit Mitgliedern der Reparationskommission wurden heute nachmittag abgeschlossen. Nachdem die an Staatssekretär Bergmann gerichteten Rückfragen beantwortet waren, trat das Reichskabinett einmütig auf den Boden der in Paris erzielten Grundlagen. Die Antwort an die Reparationskommission soll bereits fertiggestellt sein und ihr in Kürze zugestellt werden.

Der Vertrag von Rapallo im Auswärtigen Ausschuß

Berlin, 28. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten wurde gestern der Rapallo-Vertrag verhandelt. Es ist bezeichnend, daß der deutschnationale Professor Höfisch sich im allgemeinen zustimmend äußerte, während die Erfüllungsparteien SPD. und USPD. den Vertrag nicht billigten. Eduard Bernstein äußerte, als Breitscheid sehr starke Bedenken gegen den Vertrag vorbrachte, die Entente sei von der Art des Abschlusses unangenehm berührt gewesen.

Eine Denkschrift, die die endgültige Formulierung des Vertragstextes enthält, wird dem Reichstag erst in einigen Tagen zugehen. Sonach wird über den Vertrag nicht im Anschluß an die politische Aussprache, die heute im Reichstag beginnt, abgestimmt werden. Die Abstimmung dürfte vielmehr erst nach Pfingsten erfolgen.

Litwinow über die deutsch-russischen Beziehungen und die Haager Konferenz

OE. Berlin, 27. Mai. Das zurzeit in Berlin weilende Mitglied der russischen Genua-Delegation, Litwinow, erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Ost-Expreß“, Deutschlands Rolle bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands sei nicht so gering, wie Lloyd George in seiner letzten Rede darzustellen suche. Das gehe schon aus den Erfahrungen der letzten zwei Jahre hervor, wo die Einfuhr deutscher Industrieprodukte nach Rußland diejenige aus anderen Staaten bedeutend übermog. Die Bedeutung der deutschen Industrie für Rußland werde besonders deutlich, wenn man in Betracht ziehe, daß Rußland nicht so sehr Geld brauche, als Warenkredite.

Was die Konferenz im Haag betrifft, so erklärte Litwinow, könnte Rußland die Beteiligung Amerikas an der Haager Konferenz nur dann begrüßen, wenn die amerikanische Regierung darauf verzichte, Rußland ihre Gesetze zu diktieren und eine Veränderung im sozialen Aufbau Rußlands anzustreben. Wenn aber Amerika trotzdem mit solchen Plänen nach dem Haag kommen sollte, so würde es bei all seiner Bedeutung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht nur keinen Nutzen bringen, sondern im Haag eine noch schädlichere Rolle spielen, als Frankreich in Genua.

Revolution und Konterrevolution vor dem Tribunal

Moskau, im Mai 1922.

Am 1. Juni beginnt der Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre. Es wird ein Prozeß werden, einzig in seiner Art in der politischen wie in der Rechtsgeschichte. Das Moskauer Revolutionstribunal wird zum internationalen Forum werden, vor dem sich eine in diesem Maße und in dieser Form bisher unerhörte Auseinandersetzung zwischen der proletarischen Revolution und der unter sozialistischer Flagge segelnden Konterrevolution nicht nur über die russische Revolution, sondern auch über die Fragen des Kampfes zwischen Revolution und Konterrevolution überhaupt abspielen wird.

Das revolutionäre Rußland erweist seinen Feinden gewiß nicht die schier unbegrenzte Großmut und milde Nachsicht, die an der französischen Kommune zwar eine so schöne und rührende Arabeske für sentimentale Pazifisten und Aesthteten bildete, aber auch zu ihrem Sturze beigetragen hat und von der französischen Bourgeoisie an der Mauer der Förderierten nach gut bürgerlich-revolutionärer Art heimgezahlt wurde. Die bittere Erfahrung hat unseren russischen Genossen die Erkenntnis beigebracht, daß man den Feind gewaltsam und grausam im Innern niederhalten muß, wenn man von seinen Spießgesellen rings umgeben ist. Auch ist es eine verständnislose Falschmeldung, wenn die sozialdemokratische Presse die Zugeständnisse der Delegation der Kommunistischen Internationale auf der Berliner Konferenz so deutet, wie wenn die russische Revolution schon in das Stadium gekommen sei, wo sie die Gnade ihrer Feinde durch Milde und Nachsicht erstreben müßte. Die Erfahrung aller früheren Revolutionen, und besonders der russischen, lehrt, daß solche revolutionäre Milde und Nachsicht von der Gegenrevolution stets als Schwäche gedeutet und ausgenützt und mit doppelter Rachsucht heimgezahlt werden.

Der Prozeß gegen die Pfaffen, die die Beschlagnahme der Kirchenreichtümer für die Hungerhilfe zu einem Vorstoß der „heiligen Konterrevolution“ ausnützen wollten, zeigt zur Genüge, daß Sowjet-Rußlands Feinde keine Ursache zum Frohlocken auf Vorschuß haben. Aber dieselbe als grausam verschriene russische Revolution hat schon gar manchen ihrer Feinde durch Amnestie von der wohlverdienten Strafe gerettet, und die Tatsache, daß sie durch den Mund der Kommunistischen Internationale den Sozialrevolutionären die Wahl der Verteidiger freigestellt hat und jetzt bereit ist, fast ein Bäckerdutzend wackerer Sozialpatrioten, die sich den Namen „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“ beilegen, als Verteidiger zuzulassen, ohne nach Staatsbürgerrecht und juristischen Voraussetzungen zu fragen, ist wohl genug der Großmut gegenüber Leuten, die mit der Waffe in der Hand im Dienste der Bourgeoisie die russische Arbeiterrepublik bekriegt und Meuchelmorde gegen die Führer der russischen Revolution organisiert haben. Diese Großmut der russischen Arbeiterrevolution wird auch nicht erschüttert werden durch die Frechheit, mit der die Herren von der 2. und 2½. Internationale unter den Verteidigern, die sie den 47 stellen wollen, sogar drei Mitglieder der sozialrevolutionären Partei, also eigentlich Mitschuldige der Angeklagten, nominieren.

Dieses großherzige Entgegenkommen ist überdies ein Beweis dafür, daß die russische Revolution kein Licht zu scheuen hat, daß die russischen Genossen alles, was sie in einem vierjährigen Ringen mit einer ganzen Welt von Feinden für die Revolution getan haben, vor der proletarischen Oeffentlichkeit der ganzen Welt verantworten können. In ganz Rußland und in der ganzen Kommunistischen Internationale hat gewiß niemand auch nur die Spur des Gefühls, den Herren Vandervelde, Otto Wels, Friedrich Adler oder Oudegeest für die Taten der russischen Revolution Rechenschaft schuldig zu sein, und wenn diese Herren oder ihre Abgesandten (die prominentesten dieser Herren selbst scheinen sich ja nicht zu getrauen, vor einem Revolutionstribunal zu erscheinen) trotzdem zu diesem Prozeß zugelassen wurden, so nur deshalb, weil wir alle das sehr tiefe Bedürfnis fühlen, den Millionen Proletariern, die diesen Herren leider noch immer Gefolgschaft leisten, Gelegenheit zu geben, durch die Vertreter ihrer Wahl Einsicht nehmen zu lassen in die Probleme des unerbittlichen, harten, grausamen, aber notwendigen Kampfes mit der Gegenrevolution, um den die Proletarier keines Landes herumkommen werden. Die Herren Führer der Wiener, Londoner und Amsterdamer Internationalen wollten einmal ein Tänzchen mit der russischen Revolution wagen, um die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen von dem Kampfe gegen den Kapitalismus im Westen abzulenken, getreu der hier im Interesse des Kapitalismus und der Bourgeoisie angewandten Verlegenheitsphrase aller Feiglinge, die irgendeiner Sache ausweichen wollen: Reden wir von was anderem! Unsere Genossen haben den Herren in Berlin auf dieses Manöver die einzig richtige Antwort gegeben: Wir sind der Ansicht, daß es für das Proletariat viel wichtiger ist, von der Offensive des Unternehmertums und von der kapitalistischen Reaktion zu sprechen, aber wir weichen zum Unterschied von Euch keinem Theme aus und wenn Ihr darauf besteht, können wir auch davon reden; wollt Ihr auf diesem Boden ein Tänzchen wagen, so können wir Euch schon aufspielen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220529-11/fragment/page=0001

Dieses Aufspielen wird hier gründlich besorgt werden, darauf können sich die unter sozialistischer Maske verborgenen Feinde der russischen Revolution verlassen. Daß die Treibereien und Schandtaten der bürgerlichen russischen Gegenrevolution in Rußland wie im Auslande in ihrer ganzen Scheußlichkeit aufgedeckt werden, daß die Rolle, die in diesem blutigen Kampfe der bürgerlichen Gesellschaft um ihre Existenz die Sozialrevolutionäre und Menschewiken, die Schützlinge Wiens und Amsterdams gespielt haben und noch spielen, sowie die innige Verbrüderung dieser traurigen Helden mit den weißen Banditen rücksichtslos enthüllt werden, dafür werden unsere russischen Genossen sorgen und soweit die Herren Verteidiger Advokaten sind, werden sie wohl in ihrer ganzen Praxis noch keine Anklageschrift von solcher Wucht vor Augen bekommen haben, wie die, die ihnen der Prokurator des Moskauer Revolutionstribunals vorlegen wird. Dieses Tribunal ist nicht im juristischen Formelkram der bürgerlichen Gerichte des Westens eingesperrt, und die Arbeiter und Bauern, die hier zu Gericht sitzen werden, dürften sich wohl keinesfalls einer ängstlichen peinlichen Beschränkung auf die unter Anklage gestellten Verbrechen der Sozialrevolutionäre befleißigen; mit derselben Weitherzigkeit, mit der sie Feinde des proletarischen Staates aus allen Ländern als Verteidiger zulassen werden, können sie auch der Anklage den weitesten Spielraum gewähren, das ganze Problem der Konterrevolution aufzurollen. Millionen Arbeiter, die sich bisher leider viel zu wenig oder gar nicht mit der Geschichte der russischen Revolution und der konterrevolutionären Rolle der Menschewisten und Sozialrevolutionäre beschäftigt haben, werden durch diesen Prozeß auf diese Dinge aufmerksam gemacht werden, denn sie werden doch lesen wollen von dem großen Prozeß, in dem die Männer ihres Vertrauens angeblich die Menschlichkeit, die Demokratie, und wer weiß, was sonst noch, gegen die bösen Bolschewiken verteidigen. So können wir den Herren nur dankbar sein, daß sie bei der schneidigen Reiterattacke gegen die russische Revolution auf der Berliner Konferenz zwar der Revolution nichts anhaben konnten, aber mit den Hufen ihrer Rosinanten den eigenen Boden aufgewühlt und für unsere Saat aufnahmefähig gemacht haben.

Aber die Forderung der 2. und 2½. Internationale auf der Berliner Konferenz und ihre Bewilligung durch unsere Vertreter hat den Prozeß zu einer internationalen Sache gemacht, bei der auch die Parteien der Kommunistischen Internationale etwas mitzureden haben. Darum haben wir in der Exekutive, als wir die Ergebnisse der Berliner Konferenz ratifizierten und die Zustimmung der russischen Genossen zur Einreise des Verteidigerdutzends zur Kenntnis nahmen, gefordert, daß man auch die Vertreter der kommunistischen Parteien zu dem Prozeß zulasse. Die Zulassung der fremden Verteidiger erfolgt auf Grund der Liberalität des russischen revolutionären Strafprozeßrechtes. Aber diese Liberalität kommt auch uns zugute. So wie vor einem russischen Revolutionstribunal jeder Bürger — und das bedeutet nicht nur russischer Staatsbürger (die russische Revolution faßt das Bürgertecht, wenn auch nur gegenüber dem internationalen Proletariat, in dem höheren Sinne auf, in dem die große französische Revolution es in ihren besten Tagen auffaßte) — als Verteidiger auftreten kann, so steht es auch jedem Bürger frei, als Ankläger vor das Revolutionstribunal zu treten. Ganz abgesehen davon, ob nicht auch einige von den Angeklagten, die zu revolutionärer Einsicht gekommen sind und die Schändlichkeit des Mitwirkens an der Gegenrevolution bereits begriffen haben, sich revolutionäre und nicht gegenrevolutionäre Verteidiger wünschen werden, haben wir die Zulassung von Vertretern der kommunistischen Parteien aus den kapitalistischen Staaten als Ankläger in diesem Prozeß verlangt. In dem Augenblick, wo Leute wie Oudegeest vor dem Revolutionstribunal erscheinen, um die russische Gegenrevolution zu verteidigen, ist auch die Frage von Revolution und Gegenrevolution in den kapitalistischen Ländern aufgerollt, und da wollen wir ein Wort mitsprechen! Beileibe nicht die formal-juristische, aber die politische und moralische Qualifikation der Herren Verteidiger, die in diesem Prozeß als solche auftreten, wollen wir untersucht wissen, bevor auf das Sachliche des Prozesses eingegangen wird. Wir wollen die Frage aufwerfen, ob diese Herren nicht ebenso wackere Gegenrevolutionäre sind wie ihre Klienten, nur mit dem Unterschiede, daß noch nicht alle von ihnen Gelegenheit hatten, ihre gegenrevolutionäre Gesinnung in solcher Weise zu betätigen, wie die angeklagten Sozialrevolutionäre. Werden die russischen Genossen in diesem Prozeß den Proletariern der übrigen Welt die Augen über das Treiben der russischen Konterrevolution öffnen, so wollen wir bei dieser Gelegenheit den russischen Proletariern zeigen und zugleich die Arbeiter der kapitalistischen Staaten, die leider so leicht vergessen, daran erinnern, daß die unter sozialistischer Flagge segelnde Konterrevolution allüberall von gleichem Schlage ist. Wir hoffen, das alles so deutlich aufzuzeigen, daß das Revolutionstribunal zu der Ueberzeugung gelangen wird, daß die, die in diesem Prozeß die Verteidiger spielen wollen, eigentlich auf die Anklagebank gehören. Auf daß aber die frommen sozialdemokratischen Kindergemüter aus der Schule Noskes und Hörsings nicht erschrecken und die edlen Häupter ihrer lieben Abgesandten nicht in Todesgefahr erblicken, soll hier gleich bemerkt werden, daß wir keinesfalls verlangen werden, man möge die Repräsentanten der Konterrevolution sogleich erschießen. Darüber zu befinden, werden wir dem Revolutionstribunal vollkommen überlassen. So ein Revolutionstribunal, das außerhalb des juristischen Formelkrams des Westens steht, ist gar manher Schandtat fähig und auch der, daß es schließlich das salomonische Urteil fällt, gerade die Beweisführung der Vertreter der kommunistischen Parteien habe ergeben, daß es für Leute, die die proletarische Revolution im Dienste und im Solde des Kapitalismus mit Meuchelmord bekämpfen, keine würdigeren Verteidiger geben kann, als die Herren Oudegeest und Konsorten.

Auf jeden Fall heißen wir das ganze Bäckerdutzend der Verteidiger schon im voraus in Moskau herzlich willkommen und bekennen im vollen Bewußtsein unserer agitatorischen Minderwertigkeit, daß die ganze Kommunistische Internationale seit ihrem Bestehen noch keinen so guten Einfall für ihre Propaganda und Agitation gehabt hat, wie das Verlangen der 2. und 2½. Internationale auf der Berliner Konferenz, zur Rettung der 47 Sozialrevolutionäre nach Moskau zu kommen. Die Tatsache, daß sie sich so eifrig dazu drängen, die gegenrevolutionären Mörder in Rußland unter ihren Schutz zu nehmen, wird den Proletariern des Westens deutlich genug zeigen, warum die Mörder der Revolutionäre im Westen so gute Zeiten haben. Der Bund der Sozialrevolutionäre mit den deutschen Monarchisten, den Mördern Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs wird durch den Bund Rosenfelds mit den Mördern Wolodarskis und Uritzkis würdig ergänzt. Und das alles unter dem Protektorat Friedrich Adlers — die russischen Arbeiter werden zu Tausenden aufmarschieren, um sich dieses Schauspiel anzuschauen, um zu sehen, bis zu welch abgrundtiefer Gemeinheit Advokatenmoral in Verbindung mit sozialdemokratischer Moral herabsteigen kann.

Karl Kreibich.

Gründung einer Kommunistischen Partei in Brasilien. Wie der Korrespondent „Ordine Nuovo" mitteilt, fand Ende April in Rio de Janeiro der Gründungskongreß der Kommunistischen Partei Brasiliens statt, an dem sechs Sektionen teilnahmen. Einstimmig wurde der Anschluß an die dritte Internationale beschlossen.

Die Schmach der neudeutschen Demokratie

Reichstagssitzung vom 27. Mai 1922.

Das Gesetz zur Verwendung von Wartegeldempfängern, das die Regierung ermächtigt, diese, sofern sie das 60. Lebensjahr noch nicht beendet haben, nutzbringend zu beschäftigen, wurde in dritter Lesung angenommen. Desgleichen nach heftigem Maulgefecht die Vorlagen, die dem Reiche das Recht der Pensionskürzungen für diejenigen Ruhegehaltsempfänger einräumen, die außerhalb des Staatsdienstes über 60 000 Mk aus Arbeit haben. Die Rechte verlocht das Recht auf Faulheit der pensionierten Offiziere. Das Gesetz wurde in namentlicher Abstimmung mit 217 gegen 119 Stimmen angenommen. Es fehlt somit an einer Stimme für die verfassungsmäßige ⅔-Mehrheit. Das Gesetz über die Erhöhung der Vergütung für Schöffen und Geschworene wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Es folgen nunmehr die bei der Etatberatung zurückgestellten Abstimmungen. Abgelehnt wurde ein Sinnesantrag, der die Bereitstellung von Mitteln für die sächsische Schupo von der vorherigen Beseitigung der Zivilkommissare abhängig machen will. Dagegen wurde angenommen eine Entschließung der Demokraten, die fordert, daß die Schupo von parteipolitischen Einflüssen freizuhalten sei. Der Antrag der Kommunisten, der gegen die Auslieferung der angeblichen Mörder Datos protestiert, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt. **Abgelehnt wurde ferner der kommunistische Antrag auf Sicherstellung der Brot-, Kartoffel- und Zuckerversorgung der Bevölkerung.** Nicht einmal die Unabhängigen erhoben sich dafür. In namentlicher Abstimmung wurde abgelehnt ein ähnlicher Antrag der Sozialdemokraten, der eine Brotgetreideumlage von 4½ Millionen Tonnen forderte (mit 191 gegen 137 Stimmen). Abgelehnt wurde ebenfalls der Antrag Hergt, der jede Getreideumlage ablehnt und zwar mit 190 gegen 136 Stimmen. Abgelehnt wurde endlich auch in namentlicher Abstimmung die Ausschußentschließung, die die Sicherstellung einer genügenden Brotreserve, unter Verbilligung des Brotpreises für Minderbemittelte fordert, und zwar mit 276 gegen 79 Stimmen. Angenommen wurde dagegen der Ausschußantrag, der Kartoffellieferungsverträge fordert und sich gegen Zuckerverschiebungen ins Ausland wendet. Die reaktionäre Mehrheit nahm dann ferner einen Antrag, der den Grenzschutz-Orgeschbrüdern das Jahr 1919 als Kriegsjahr doppelt anrechnen will, mit 156 gegen 146 Stimmen im Hammelsprung an.

Es folgte hierauf die dritte Lesung des Reichshaushalts. Alle Parteien des Reichstags, einschließlich der USPD., hielten es nicht für nötig, dazu das Wort zu ergreifen. Für die Kommunisten sprach

Genosse Koenen:

Der deutsche Parlamentarismus ist nach drei Jahren Republik auf den Hund gekommen. Die Regierung hält es nicht für notwendig, im Reichstag zu erscheinen, wenn über einen Vielhundertmilliarden-Etat die letzte Entscheidung fallen soll. Jede Dollarschwankung wirkt den ganzen Milliardenschwindel über den Haufen. Und unzählige Nachtragsetats werden noch kommen. Der Etat ist nur noch eine reine Zahlenspielerei. Jeder weiß, daß der Bankrott unausweichlich ist. Genau so bankrott ist auch das Parlament, das alle wichtigen Entscheidungen in den Dunkelkammern fällt. Das zeigt wiederum das Duell Hermes—Wirth. **Hermes will alle Kriegs- und Friedenslasten auf das Proletariat überwälzen.** Er will auf Gebeiß der Entente neue indirekte Steuern machen. Und die Sozialdemokraten stützen jetzt Dr. Hermes und bekämpfen Wirth, der sich gegen die neuen Steuern wendet. Es handelt sich hier um keine nationale, sondern um eine soziale Frage: Die Kontrolle der Ententekapitalisten hie Kontrolle der Produktion durch deutsche Arbeiter und Angestellte. Dr. Wirth ist schon wieder im Begriff umzufallen, obwohl seine Gründe berechtigt waren. Hermes versprach die Einstellung des Notendrucks, von der Wirth schwere soziale Erschütterungen befürchtet. Die Reparationsnote vom 22. März d. J. forderte die Aufbringung der fehlenden Reparationslasten durch das deutsche Kapital, Maßnahmen gegen die Kapitalflucht, Kontrolle der Auslandsdevisen, Sicherung der Rückkehr des Gegenwerts der deutschen Ausfuhr nach Deutschland. Herr Hermes reiste nach Paris, um die deutschen Kapitalisten vor der Zahlungsgefahr zu schützen und statt dessen das **Fell der deutschen Arbeiter anzubieten.** Es ist ein Schwindel sondergleichen, wenn behauptet wird, in Deutschland sei der Besitz unerträglich hoch belastet. Die deutsche Erbschaftssteuer bringt z. B. lumpige 700 Millionen Papiermark, das sind 10. Millionen Goldmark. In England bringt die Erbschaftssteuer 1 Milliarde Goldmark. Alle Besitzsteuern vermindern sich laufend durch die Geldentwertung. Die indirekten Steuern aber wachsen mit der Geldentwertung. Die Kohlensteuer sollte 10 Milliarden einbringen und bringt statt dessen 30 Milliarden, die Umsatzsteuer erhöht sich durch die Geldentwertung von 20 auf 40 Milliarden. Genau so ist es mit den Zöllen, die in Goldmark bezahlt werden müssen. Trotz dieser gesteigerten Steuerauswucherung bringt Bankrottminister Hermes es fertig, den Ententekapitalisten neue indirekte Steuern zu versprechen. Der neue Etat bringt uns diee „freie Wirtschaft". Und die Folgen sind

Brot-, Kartoffel-, Zuckerwucher ohne Ende.

Die schönfärberische Reichsstatistik berechnet, daß höchstenfalls die bestbezahltesten Arbeiterkategorien 67 Prozent ihres Friedenseinkommens haben. Die Preise sind aber um das **hunderfache** gestiegen. Die Lebenshaltung der breiten Massen sinkt von Tag zu Tag, die Teuerung wächst und mit ihnen Not, **Krankheit** und Siechtum. Die furchtbare Hungerkrankheit Skorbut zeigt sich bereits in Deutschland. Die Tuberkulose nimmt rasend zu. Die Kinderarbeit wächst und mit ihr das Kinderelend. Die Selbstmordziffer ist erschreckend, vor allen Dingen bei den Jugendlichen von 15 bis 20 Jahren. Nicht minder gemein ist auch die politische Schandwirtschaft der Ebert-Republik. Junkerliche Offiziere in der Schutzpolizei attackieren friedlich demonstrierende Arbeiter mit dem Bajonett, wie neulich vor dem Berliner Rathaus. Spanier, Italiener, kurzum alle Revolutionäre werden der weißen Justiz in die Hände geliefert unter Bruch der elementarsten Rechtsbegriffe und unter schamloser Verhöhnung des Asylrechts. Herr Radbruch versprach eine Amnestie. Das Herz sank ihm aber sofort wieder in die Hosen, als die deutsche Reaktion die Stirn runzelte. Er schwindelt der Oeffentlichkeit vor, er begnadige die Märzopfer und es seien nur noch 200 in Haft. In Wirklichkeit schmachten **700 bis 800 revolutionäre Kämpfer** in den Kerkern Deutschlands. Herr Radbruch ist nur die Dekoration im Justizministerium. Regieren tut in Wirklichkeit Geheimrat Dr. Joel, diese stehengebliebene Säule aus der Kaiserzeit. **In öffentlichen Versammlungen fordert Herr Radbruch für die Amnestie und im Reichstag kneift er feige.** In Thüringen, Braunschweig und demnächst auch in Sachsen wurden weitgehende Amnestien, auch für Notvergehen beschlossen. Amnestie ist auch besonders notwendig wegen der Ausnahmeparagraphen 218 bis 220 (Abtreibungen), die zahllose Proletarierinnen in die Gefängnisse bringen. Die Schandjustiz Deutschlands stürzt sich jetzt mit Verserkerwut auf die Redakteure, die sie zu kritisieren wagen.

300 Redakteure sind angeklagt

wegen Beleidigung der deutschen Klassenjustiz, die in unerhörter Weise Recht und Gesetz beugt.

Auch die Beamten haben einen Beigeschmack der deutschen Klassenjustiz bekommen in Gestalt der schamlosen **Disziplinarpolitik nach dem Eisenbahnerstreik.** Der besondere Klassencharakter der Ebert-Republik zeigte sich auch in **dem Riesenkampfe der süddeutschen Metallarbeiter.** Volle drei Monate wurden 150 000 Arbeiter ausgesperrt, weil sie sich nicht zwei Stunden pro Woche länger ausbeuten lassen wollten. Keine Staatsmacht trat dem frechen Unternehmertum entgegen. Keine Justiz klagte es der Erpressung an. Kein Ebert kümmerte sich um das Elend dieser 150 000. Dieses Verhalten charakterisiert das ganze heuchlerische Gerede der Sozialdemokraten und des Bürgertums über zu geringe Arbeitsleistung. Kommunistenhetze und Einsetzung der Technischen Nothilfe gegen streikende Handarbeiter sind die Waffen der deutschen Ebert-Republik. Betriebsräte werden massenweise gemaßregelt. So sehen wir, daß Deutschland heute **ein Klassenstaat** par excellence, ein Staat von ungefälschtem Klassencharakter trotz aller sozialdemokratischen Schönrederei ist. Die herrschende dünne Oberschicht einer Klasse schwelgt, während 90 Prozent der Bevölkerung in Not und Elend vergeht.

Klassenherrschaft, wohin wir blicken.

Nichts hat sich geändert trotz Republik, trotz aller sozialdemokratischen Minister. Uneingeschränktes Ausbeutungsrecht für die Kapitalisten, für das Proletariat nur das Recht zum Verhungern. Einem solchen Klassenstaat, der in allen seinen Schandtaten gemeiner und erbärmlicher fortbesteht als je zuvor, trotz seiner Demokratie, **diesem Staate bewilligen wir keinen Eiat,** diesem Staat rufen wir zu: **Keinen Mann und keinen Groschen!** Diesen Klassenstaat mit seiner Klassenherrschaft werden wir Kommunisten niederringen unter der Parole: rücksichtslosester Klassenkampf den kapitalistischen Ausbeutern und ihrer Regierung! Lebhaftes Bravo bei den Kommunisten.)

Der Etat wird ohne weitere Aussprache gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen.

Die russischen Arbeiter „begrüßen" die Verteidiger der Gegenrevolution

Moskau, 27. Mai. Die Moskauer Zeitungen berichten, daß die ausländischen Verteidiger der Sozialrevolutionäre auf ihrer Reise nach Moskau in Sebesch und Velike Luki von einer großen Volksmenge erwartet wurden, die bei der Ankunft des Zuges stürmisch gegen die Sozialrevolutionäre und ihre Verteidiger demonstrierte. In Sebesch erschien Banderweide auf das stürmische Verlangen der Volksmenge auf dem Perron und beantwortete eine Reihe von an ihn gerichteten Fragen. Auf die Frage, warum er die Sozialrevolutionäre verteidige, antwortete er, daß er das Anklagematerial noch nicht gesichtet habe. Als er gefragt wurde, ob er auch die Verteidigung übernehmen würde, wenn er sich von der Schuld der Angeklagten überzeugte, verweigerte er jede Antwort. Auf die Aufforderung, zu erklären, warum er durch die Mitunterzeichnung des **Friedensvertrages von Versailles** sich an der Verknechtung des deutschen Proletariats beteiligt habe, geriet er in große Erregung und führte an, daß auch die deutschen und österreichischen Sozialisten den Vertrag unterzeichnet hätten. Als Theodor Liebknecht sprechen wollte, erreichten die entrüsteten Unterbrechungen und Zwischenrufe ihren Höhepunkt. Mit Tränen in den Augen kehrte er zum Waggon zurück. Zum Schlusse wurde an Banderwelde die Frage gestellt, **warum die 2. Internationale die proletarische Einheitsfront sabotiere.** Er gab zur Antwort, gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen der 2. und 3. Internationale seien der Grund, daß die ersten Versuche gescheitert sind. Als sich der Zug wieder in Bewegung setzte, brach die Volksmenge in begeisterte Hochrufe auf die 3. Internationale und die Sowjetregierung aus.

*

Moskau, 27. Mai. Die in Moskau eingetroffenen ausländischen Verteidiger der Sozialrevolutionäre haben ihrem Wunsche Ausdruck gegeben, persönlich dem russischen Volkskommissär für Justiz, Kurskij, und dem Vorsitzenden des Moskauer Sowjets, Kamenjew, ihren Dank für die Fürsorge auszusprechen, die ihnen während ihrer Reise und auch in Moskau zuteil wurde.

Neue Hetze gegen die Kommunisten in Frankreich

Aus Paris wird der „Europapreß" gemeldet, daß im Parlament die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten Vaillant-Couturier und Cachin verlangt wurde. Vaillant-Couturier ist angeschuldigt, in der Zeitung „Le Conscrit" die Soldaten zum Ungehorsam aufgefordert zu haben, Cachin, den Artikel als Redakteur angenommen und veröffentlicht zu haben.

Vor einem Jahre wurden eine Anzahl Kommunisten in Frankreich wegen antimilitaristischer Agitation verhaftet, da aber für ihre Verurteilung kein juristischer Vorwand gefunden wurde, mußten sie schließlich freigelassen werden. Die französische Regierung versucht trotzdem, diese Einschüchterungsversuche gegen Kommunisten fortzusetzen. Sie wird auch diesmal nicht besseren Erfolg haben!

Verschärfung des böhmischen Metallarbeiterstreiks

Prag, 28. Mai. Aus den bisher eingelaufenen Meldungen über die Urabstimmung läßt sich ersehen, daß **70 Prozent** der Metallarbeiter das Kompromiß der Gewerkschaftsführer ablehnen.

Die Metallarbeiter der Weinberger Fabriken haben zum Teil mit 90 Prozent Mehrheit für die Fortsetzung des Kampfes gestimmt. Einzelne Belegschaften wollen überhaupt nicht abstimmen, weil sie sich bereits durch die erste Urabstimmung gegen jede wie immer geartete Lohnreduktion ausgesprochen hätten.

Der Generalstreik in Rom

Ein Ultimatum der Regierung.

Rom, 27. Mai. (TU.) Der infolge des Straßenkampfes im Quartier San Lorenzo für die Stadt proklamierte Generalstreik wird von der Arbeiterschaft durchgeführt. Die Streikleitung will an der Aktion bis zur Freilassung der verhafteten Arbeiter festhalten. In der Kammer ließ die Regierung erklären, daß sie, falls innerhalb eines Tages der Streik nicht eingestellt werde, seinen Abbruch eventuell mit Gewalt erzwingen werde. Die Regierung hat eine strenge Untersuchung über die Vorfälle angeordnet und ließ erklären, daß die unbedachten Kundgebungen der Minderheitsparteien ein Ende nehmen müßten.

*

Rom, 28. Mai. Die blutigen Massenkämpfe in Italien gehen weiter. Die Zahl der Toten hat sich auf drei erhöht. In Bologna haben stürmische Tumulte zwischen Arbeitern und Nationalisten stattgefunden. Der Sekretär einer faszistischen Sektion wurde vor der Stadt tot aufgefunden.

*

Rom, 26. Mai. Der Streik wurde heute mittag beendet. Die Zeitungen werden morgen wieder erscheinen.

Parteitag der Schweizer Kommunisten. Aus Basel wird gemeldet: Am 3., 4. und 5. Juni findet in Basel der zweite Parteitag der Kommunisten der Schweiz statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220529-11/fragment/page=0002

Fürsorgeskandal in Preußen

Das Landtag beendete am Sonnabend die Debatte über den Wohlfahrtsetat mit den Kapiteln „Jugendwohlfahrt", Allgemeine Fürsorge" und Fürsorgeerziehung".
Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Gehrmann (Ratenow):

Die kapitalistische Gesellschaft schlägt zwar dem Proletariat täglich und stündlich schwere Wunden, versteht aber nicht, sie zu heilen. Von allen Seiten haben wir die Klagen über den Mangel an Mitteln gehört. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß für volksfeindliche Zwecke Unsummen hinausgeworfen werden. Ich erinnere nur an die empörende Tatsache, daß beabsichtigt ist, den

Hohenzollern mehrere hundert Millionen zuzuschieben!

Eines der traurigsten Kapitel im Wohlfahrtsetat ist das der Fürsorgeerziehung, die sich ausschließlich auf Proletarierkinder erstreckt. Diejenigen, die sich so lebhaft für diese Ausnahmemaßnahmen gegen das Proletariat einsetzen, sollten sich in erster Linie einmal um die verkommene Jugend ihrer eigenen Klasse bekümmern. Mit aller Schärfe wenden wir uns gegen die Beibehaltung der Prügelstrafe und sind keineswegs davon befriedigt, daß sie, wie der Regierungsvertreter erklärt, „allmählich" abgebaut werden soll. Geradezu schamlos ist die Ausbeutung, die mit den Fürsorgezöglingen getrieben wird. Noch immer ist die Absicht maßgebend, für die Landwirtschaft billige und willige Arbeitskräfte heranzuziehen.

Für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird ebenfalls vom heutigen Staate nur in ganz ungenügender Weise gesorgt. Wir fordern daher, daß die Summe, die für diesen Zweck im Etat vorgesehen ist, um so viel erhöht wird, daß den Kriegsopfern, entsprechend der Geldentwertung, zumindest das Existenzminimum gesichert ist.

Noch skandalöser ist das vollständige Versagen des Staates in der Fürsorge für die Angehörigen der politischen Gefangenen. Der Rachegeist des Bürgertums geht so weit, nicht bloß die politischen Gefangenen in unerhörtem Maße zu bestrafen, sondern sogar ihre Angehörigen skrupellos dem Hungertode preiszugeben.

Aber auch die anderen Gebiete der staatlichen Fürsorge, für die Erwerbslosen, für die Sozialrentner usw., sind im Etat in unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Der ganze Wohlfahrtsetat ist ein Skandal.

Nächste Sitzung: Dienstag, 13. Juni.

Berichtigung

Genosse Menzel erwähnte in seiner Landtagsrede zum Justizetat einen Fall, der so große Empörung auslöste, wonach ein Gefangener, der in der Lichtenburg in den Hungerstreik eingetreten war, zehn Tage Arrest im kalten Keller verbüßen mußte. Die Verbüßung der Strafe ist im Zuchthaus Sonnenburg erfolgt.

Severing als Protektor der Stahlhelmhelden

Berlin, 29. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die preußische Regierung hatte sich in einem Erlaß gegen die amtliche Beteiligung an Hindenburgfeiern in Ostpreußen gewendet. Die Deutsche Volkspartei erhob dagegen Protest und schnell waren Severing und Braun bereit und haben ihre Erlasse umgeworfen, so daß jetzt Hindenburgrummel mit Genehmigung der sozialistischen Minister in Preußen vor sich gehen können.

Resultat der Berliner Elternbeiratswahlen

Berlin, 29. Mai. (WTB.) Die Elternbeiratswahlen, die gestern an den 580 Gemeindeschulen und den Mittelschulen Berlins stattfanden, sind bei einer Wahlbeteiligung von etwa 60 Prozent ohne Zwischenfall verlaufen. Nach den vorläufig vorliegenden Meldungen erhalten laut „L.A." die christlich-unpolitische Liste 1431, die Liste der Anhänger der weltlichen Schule 572 Sitze.

*

Leipzig, 29. Mai. Bei den hiesigen Elternbeiratswahlen wurden 410 Vertreter der weltlichen und 383 Vertreter der christlichen Schule gewählt.

Ein neuer Scherz der Klassenjustiz

In Berlin stand einer der Organisatoren der preußischen Einwohnerwehren, ein Major a. D. Jaasen, wegen Bestechung vor der Strafkammer des Landgerichts I. Er hatte die ihm anvertrauten Schützlinge in zwei Versicherungsgesellschaften gegen die ihnen drohenden Gefahren des von ihnen berufsmäßig betriebenen Bürgerkrieges versichert, und dafür von den Versicherungsgesellschaften, wie es sich gebührt, Provision bekommen. Diese Provision, im ganzen 60 000 Mark, hatte er auf einen „schwarzen Fond" eingezahlt, der die Einwohnerwehren für die Kapp-Verschwörung gewinnen sollte.

Das ganze spielte sich ab, als Herr Wolfgang Heine noch Minister und unmittelbarer Vorgesetzter des Herrn Majors Jansen war.

Das Gericht, unparteiisch wie stets, wenn es sich um Kappsten handelt, sprach den Herrn Jansen frei. Er hatte eben das Geld nicht zum persönlichen Vorteil, sondern für „höhere" vaterländische Interessen verwendet.

Unanständig und anständig!

Der „Vorwärts" vom 25. Mai 1922 macht anläßlich der Aufstellung von Kandidaten der USPD. und KPD. zum Gewerkschaftskongreß bei den Berliner Gemeinde-Arbeitern wieder einmal Moral. Er schreibt:

„Ist schon diese Wahlverbindung (USPD.—KPD. Die Red.) merkwürdig, so ist die Vergewaltigung der SPD-Mitglieder, deren Kandidaten man durch einen Gewaltakt nicht zur Liste zulässt, einfach unanständig. Man will so die SPD.-Mitglieder zwingen, entweder der Wahl fern zu bleiben, oder aber die Kandidaten der gegen sie verbündeten Richtungen zu wählen. Es ist eine unerhörte Bevormundung aller Mitglieder, ihnen von vornherein zu diktieren, Ihr habt nur die Liste der USPD. und KPD. zu wählen."

Wir begreifen, es ist höchst unanständig, wenn die Berliner Gemeindearbeiter keine Kandidaten der SPD. aufstellen. Wir wollen demgegenüber feststellen, was „anständig" in den Augen der SPD.-Leute ist. So z. B., daß in Brandenburg, in Pommern, in Mecklenburg, in Ostpreußen, in Magdeburg, in der Provinz Sachsen die sozialdemokratischen Angestelltenschaftskongreß delegierten, die Mitglieder überhaupt nicht gedes Deutschen Landarbeiterverbandes sich selber zum Gewerkfragt haben, ob sie damit einverstanden sind. Das ist keine Bevormundung aller Mitglieder des DLV., sondern das ist sozialdemokratisch „anständig"!

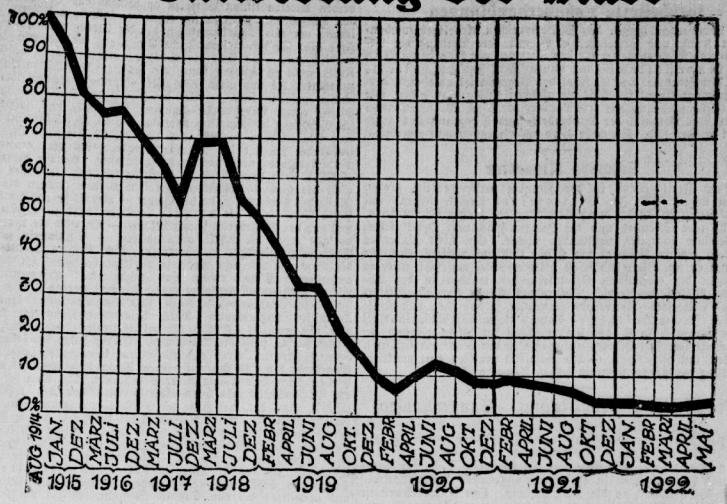
Die Rußlandhilfe der Kommunistischen Jugend Deutschlands

In der neuesten Nummer der „Jungen Garde", Zentralorgan der Kommunistischen Jugend Deutschlands wird über den Eingang weiterer Beträge für die Erhaltung des nunmehr eröffneten Karl-Liebknecht-Rosa-Luxemburg-Kinderheimes Quittung gelegt. Danach haben bisher unsere Jugendgenossen und die kommunistischen Kindergruppen

91 122,35 Mark

aufgebracht, die auf das Konto der Jugendorganisationen eingezahlt sind. Daneben sind große Summen an die örtlichen und bezirklichen Arbeiter-Hilfskomitees abgeführt worden. Wer die große Notlage der proletarischen Jugend kennt, weiß, daß das ein glänzendes Ergebnis ist. **Als leuchtendes Vorbild ist hinzustellen**

Die Entwertung der Mark



Das Schaubild zeigt die Bewegung der deutschen Mark im prozentualen Verhältnis zum Friedensstand. Als Grundlage werden die Notierungen am letzten des Monats in Zürich genommen. Der Stand am 1. August 1914 wird mit 100 Prozent angenommen, der Stand am 1. Mai 1922 beträgt nicht 2 Prozent. Waren 1914 etwa 80 Pfennige 1 Schweizer Franks, so ist heute, nach der Notierung am 22. Mai, 1 Schweizer Frank fast 60 Mark. Der Schweizer Frank ist um das mehr als Siebzigfache gegenüber dem Friedensstand gestiegen. Schon im ersten Kriegsjahr fällt die Mark um 10 Prozent, und in den folgenden um weitere 20, um im Jahre 1917 um weitere 15 Prozent zu fallen. Der Handel Deutschlands stockt, die Kolonien, ausländische Beteiligungen und Schiffahrt bringen keine Einnahmen. Hingegen muß Deutschland, und zwar hauptsächlich mit Gold aus dem neutralen Ausland Lebensmittel und die für das Kriegsmaterial notwendigen Rohstoffe kaufen. Der Krieg erfordert eine ungeheure Menge von Rohstoffen, Material und Fertigfabrikaten, er vernichtet ungeheure Werte. Die Industrie und die Großbetriebe der Landwirtschaft treiben Raubbau an sachlichen und menschlichen Produktionsapparaten. Die Industrie erhält nicht genügend Rohstoffe und muß vielfach mit Ersatzmitteln arbeiten. Fast 100 Millionen Männer sind der produktiven Arbeit entzogen. Alte Leute, Frauen und Kinder, ungeübte Arbeiter müssen ihre Stelle im Produktionsprozeß vertreten. Dies alles wirkt auf die deutsche Wirtschaft und auf den Stand der deutschen Reichsmark.

Nach einer kurzen Erholung, die mit Besserung der politischen Verhältnisse durch die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk herbeigeführt wird, sinkt die Mark weiter, um am Tage der Revolution auf etwa 58 Prozent ihres Friedenswertes zu stehen. Von da an bis zum März 1920 fällt die Mark unaufhörlich stark. Sie sinkt bis an etwa 5 Prozent ihres Friedenswertes. Die Ungewißheit der inneren Lage, vor allem aber die wirtschaftlich ungeheuer schweren Friedensbedingungen von Versailles, die Zahlungen an die Entente, die Notwendigkeit für Gold, Lebensmittel und Rohstoffe einzuführen, die passive Handels- und Zahlungsbedingungen bedingen dieses scharfe Fallen der deutschen Mark. Nach einer geringfügigen Besserung setzt 1921 ein neuer Sturz der Mark ein, die sich dann von Oktober 1921 bis jetzt mit geringfügigen Ausnahmen auf demselben Stand erhält. Ob das Fallen der Mark in

Die fortschreitende Entwertung der Mark und das den letzten Tagen einen neuen Sturz der Mark einleitet, ist noch ungewiß, damit verbundene Sinken des Reallohnes der deutschen Arbeiterschaft hat die deutsche Industrie konkurrenzfähig gemacht und eine Scheinkonjunktur gebracht. Ein Steigen der Mark gefährdet diese Scheinkonjunktur und bringt eine Absatzkrise in drohende Nähe. Ein weiteres Fallen der Mark aber bedeutet, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sein wird, die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen. Auch die zeitweilige Scheinblüte der deutschen Wirtschaft darf die Arbeiterschaft nicht über die große Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft befindet, hinwegtäuschen.

die Tätigkeit der Kommunistischen Jugend und Kinder in Halle, die allein 21 131,12 Mk. aufgebracht haben.

..... und die „Hilfe" der deutschen Konsumgenossenschaften? Geradezu beschämend ist im Vergleich zu der Tätigkeit des wirtschaftlich schwächsten Teiles der Arbeiterklasse, die Hilfe der deutschen Konsumgenossenschaften, die am 13. Mai in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" über 209 703,16 Mk. quittieren. Milliardenumsätze, Rieseugewinne, große Kapitalien und dann diese jämmerlich geringe Summe! Arbeiter, Angestellte Frauen! Sorgt in den Genossenschaften für eine tatkräftigere Unterstützung der hungernden russischen Arbeiter und Bauern! Laßt Euch nicht durch kleine Kinder und von Jugendlichen, die mit einem Taschengeld von wenigen Pfennigen „leben" müssen, beschämen.

Steigerung der Naphthaproduktion in Sowjet-Rußland

Moskau, den 27. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Naphthafieg" betitelte Artikel der „Prawda" bringt folgendes: Die allgemeine Lage der Naphthaindustrie hat sich gebessert; die technische Versorgung ist befriedigend. Im April sind auf dem Wasserwege 16,7 Millionen Pud Naphthaprodukte ausgeführt worden, d. i. 12,9 Millionen Pud mehr als im März. Die Schwierigkeiten der See- und Wolga-Naphthaflotte sind beseitigt; alle Kontrahenten — dank dem Vorhandensein leerer Zisternen — befriedigt. Die Finanzlage ist infolge des Absatzes der Rakuer Naphthaprodukte gebessert. Inländische und ausländische Handelsoperationen sind erweitert. Der Handelsapparat entwickelt sich zusehends. Die Tagesausbeute, sonst 520000 Pud, überstieg am 17. Mai bereits dreiviertel Millionen Pud.

Die Horthywahlen

Budapest, 28. Mai. Die Wahlen in Ungarn fanden gestern statt. Nach bürgerlichen Blättermeldungen ist die Zahl der sozialistischen Stimmen trotz des stärksten Terrors auffallend groß. 15 Kandidaten hatten die Sozialisten aufgestellt, 8 sind bereits sichergewählt. Der frühere Ministerpräsident und Schwerverbrecher Stephan Friedrich ist durchgefallen. Ludwig Szylang, ein parteiloser Oppositioneller, der von der Regierung ganz besonders verfolgt wurde, ist mit 1800 Stimmen im Vorteil.

Gewerkschaftsbewegung

Zum 2. Kongreß der RGI.

Der Zentralrat der Roten Gewerkschaftsinternationale erläßt nachstehenden Aufruf:

An sämtliche der RGI. angeschlossenen Organisationen!

Werte Genossen!

Der Zentralrat der RGI. beschloß, den 2. Kongreß gegen Ende Oktober laufenden Jahres einzuberufen. Das Vollzugsbureau setzte den Beginn des Kongresses für den 25. Oktober in Moskau fest. Gemäß Beschluß des 1. Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsverbände (siehe Statut, Absatz 4) wird sich die Vertretung auf demselben wie folgt gestalten:

Jeder Landesgewerkschaftsbund mit einer Zahl von weniger als 10 000 Mitgliedern erhält auf dem Kongreß eine beratende Stimme, Landesverbände mit einer Mitgliederzahl von 10 000 bis 25 000 schicken je einen Delegierten mit beschließender Stimme. Von 25 000 bis 100 000 Mitgliedern werden 2 Vertreter mit beschließender Stimme, von 100 000 bis 250 000 Mitgliedern 4 Vertreter und von 250 000 bis 500 000 Mitgliedern kommt noch 1 Vertreter mit beschließender Stimme. Jede nach Berufen oder Industriezweigen organisierte internationale revolutionäre Klassenvereinigung hat auf dem Kongreß zwei beschließende Stimmen. Die organisierten Minderheiten der einzelnen Länder haben eine entsprechende Vertretung, wobei alle Organisationen des Landes, welche sich der Roten Gewerkschaftsinternationale anschließen, eine Delegation bilden, innerhalb deren die Stimmen sich proportional den entsprechenden Organisationen verteilen. Die organisierten Minderheiten oder Fraktionen haben auf dem Kongreß eine Vertretung nur in dem Falle, wenn der Gewerkschaftsbund des betreffenden Landes sich nicht der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen hat.

Hieraus ergibt sich offensichtlich, daß die Anzahl der beschließenden Stimmen im großen und ganzen abhängig ist von der Zahl der organisierten Arbeiter. Es ist selbstverständlich, daß die Anzahl der Delegierten, falls sich dies notwendig erweist, größer oder geringer sein kann, als die im Statut angegebene, wobei die Anzahl der beschließenden Stimmen keineswegs betroffen wird.

Das Vollzugsbureau legte folgende vorläufige Tagesordnung nieder:

1. Bericht des Vollzugsbureaus.
2. Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsverbände und die Einheitsfront der Arbeiterschaft.
3. Komintern und Profintern.
4. Organisationsfragen.
5. Lage der Gewerkschaftsverbände in den Kolonialländern.

Das Vollzugsbureau ersucht sämtliche der RGI. angeschlossenen Organisationen schon jetzt Abänderungs- oder Zusatzanträge zur Tagesordnung einzubringen und ungefähr von August an mit der Einsendung ihrer konkreten Vorschläge zu beginnen. Es versteht sich dabei ganz von selbst, daß die endgültige Tagesordnung erst auf dem Kongreß selbst aufgestellt wird.

Moskau, den 30. April 1922.

Mit kameradschaftlichem Gruß!
Für das Vollzugsbureau: A. Lofowsky.

Vom Tage

Die Blumauer Explosionskatastrophe

Wien, 27. Mai. Wie über die Explosion in Blumau weiter gemeldet wird, ist es der Wiener Berufsfeuerwehr gelungen, die Nitroglyzerinanlage zu retten, wo 15000 Kg. Nitroglyzerin lagern. Auch die Dynamo-Anlagen konnten in angestrengtester Arbeit gerettet werden. Noch in der Nacht allenthalben aufzüngelnde Flammen wurden erstickt. Im Orte Blumau ist kein einziger Baum ganz geblieben; der angrenzende, aus 40 Arbeiterwohnungen bestehende Ort Neurichhof ist völlig dem Erdboden gleichgemacht. Ein Notstandswerk für die Obdachlosen ist sofort eingeleitet worden. Die Angaben über die Opfer schwanken noch; ihre endgültige Feststellung ist noch nicht möglich.

Ein Zwanzigmarkstück 1200 Mark

Berlin, 27. Mai. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 29. Mai bis 4. Juni d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 1200 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 600 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post findet unverändert zum 21 fachen Betrage des Nennwertes statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220529-11/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Gescheiterte Lohnverhandlungen

Die Lohnverhandlungen des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden e. V. mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter für das Personal der kommunalen Krankenanstalten für den Monat Mai sind gescheitert, da die Arbeitnehmer das Angebot der Gegenpartei ablehnten, den Krankenhauspersonal für Mai die gleichen Zulagen zu geben, wie sie durch Vereinbarung mit dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter dem Personal der Landesheil- und Pflegeanstalten zugestanden worden sind. Nunmehr wird das Einigungsamt angerufen.

Schwere Unwetter

haben am Freitagabend in der Provinz verschiedentlich großen Schaden angerichtet. Im Bitterfelder Bezirk entstand auf dem Rittergut Alt-Pouch durch Blitzschlag ein großes Schadenfeuer, dem alle vier Scheunen und der Jungviehstall zum Opfer fielen. Die Gebäude brannten vollständig nieder. Ein nicht zündender Blitzstrahl traf in Niemegk die Kirche und und richtete erhebliche Zerstörungen an. Bitterfeld selbst blieb ziemlich verschont. Größere Störungen der elektrischen Stromleitungen wurden in den Abschnitten Bitterfeld—Roßlau, Zscherndorf—Grube Leopold—Bitterfeld und Bitterfeld—Petersroda verursacht, so daß Licht und Kraft versagte. In der Delitzscher Gegend riefen Blitzschläge vielfach Brände hervor. In Eilenburg schlug der Blitz mehrfach ein und richtete manchen Schaden an, ebenso in den benachbarten Orten Mensdorf und Zschettgau. — Die Gewitter brachten eine merkliche Abkühlung der vorher überaus heißen Temperatur.

Stromleitung Groß-Kayna — Sangerhausen

Die „Esag", Elektrizitätsgesellschaft Sachsen-Anhalt, A.-G. in Halle, plant die Errichtung einer Hochspannungsleitung von 10 000 Volt von seinem Großkraftwerk Groß-Kayna nach Sangerhausen. Sie steht mit der Mansfeld A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Unterhandlung zwecks Anschlusses der Mansfeld-Gesellschaft an die neue Leitung. Das Unternehmen ist gegenwärtig damit beschäftigt, das Elektrizitätswerk so auszubauen, daß dort 30 000 Kilowattstunden geleistet und jährlich 150 Millionen Kilowattstunden erzeugt werden können.

Delitzsch

Stadtverordnetensitzung. — Demonstration vor dem Rathaus. Das Stadtparlament hatte am 26. Mai bei großer Hitze eine umfangreiche Tagesordnung (29 Vorlagen) zu erledigen. Der erste Kampf entspann sich bei der Stellungnahme zum Eigentretgebau. Die Linke trat geschlossen dafür ein, während die Rechte durch ihren Vertreter, Stadtv. Kunkze, mit großem Gerede und zweifelhaftem Zahlenmaterial die Unmöglichkeit zu beweisen suchte. Die Linke setzte jedoch ihren Willen durch und der Eigenregiebau wird beginnen (Krankenhausmauer, Wohnungsbau in der Präparande, Häuserneubau in der Kronstraße). Die Mieten in den städtischen Gebäuden werden gegen die Stimmen der KPD. um 60 Prozent (Hainstraße) und 50 Prozent (Barackenbauten) erhöht. — Zur Vorlage der Hausangestelltensteuer, die sehr niedrige Sätze (30 Mk. für Aufwärterinnen, 60 Mk. für den ersten, 120 Mk. für den zweiten, 200 Mk. für den dritten Hausangestellten) aufzeigt, wurden von der KPD. und der USPD. höhere Beträge (100 Mk. für Aufwärterinnen, 300, 500, 1000, 1500 Mk. für ersten, zweiten, dritten und weitere Hausangestellte) gefordert; die KPD. verlangte ferner noch eine Anzahl von Aenderungen, z. B. Streichung der Steuerfreiheit für Hausangestellte unter 17 und über 50 Jahren, da sich ja sonst die faulen Bourgeoisfräulein gerade um solche Personen bemühen und dieselben dann einer erhöhten Ausbeutung zum Opfer fallen würden. Doch fehlte für solche Vorschläge den beiden anderen linken Parteien anscheinend das Verständnis, von den Bürgerlichen ganz zu schweigen. — SPD. und USPD. zittern immer vor dem Bezirksausschuß, der die Steuer eventuell ablehnt. Hier gibt sich ihre reformistische Einstellung zur Kommunalpolitik wirklich kund. So fällt die Vorlage unter den Tisch, da sich die KPD. nicht entschließen kann, die lumpige Magistratsvorlage anzunehmen, die nur etwa 7000 Mk. einbringt, nachdem ihre Vorschläge gefallen sind. — Bei der Gemeindegewerbesteuer gibt es wieder einige Auseinandersetzungen. Die SPD. und USPD. sind für Erhöhung der Magistratsvorlage, die 50, 35, 15 Prozent in den drei Steuerklassen vorsieht, auf 100, 70, 35 Prozent. Die Rechte entschedet sich für die Magistratsvorlage, um die „armen" Gewerbetreibenden nicht noch mehr zu belasten. Genosse Baumgärtel (KPD.), stellt dazu für seine Fraktion fest, daß mit dieser Steuer nicht die Gewerbetreibenden getroffen werden, sondern die breite Masse der Verbraucher, da die Steuer — obwohl sie von der bürgerlichen Steuerlehre als direkte bezeichnet wird — abwälzbar ist und nur das Proletariat schwer belastet. — So wird die Magistratsvorlage gegen die KPD. angenommen. — Einstimmig wird die Schankerlaubnissteuer angenommen. Eine längere Debatte ergab die Beratung von acht Kapiteln des Haushaltplans für 1922, die außerdem noch von einem gut „infizierten" außerparlamentarischen Zwischenfall begleitet war. Zunächst werden Krankenhaus-, Friedhofs-, Badeanstalts-, Forst- und Wasserwerkstat ohne große Diskussion angenommen. Beim Armenverwaltungsetat kritisiert Gen. Baumgärtel (KPD.) die mittelalterliche Hausordnung des Armenhauses, stellt die unerhörten Zustände darin fest (Ungeziefer, Schmutz, kaputte Oefen, keine Waschstühle, keine Hauschlüssel für die Bewohner, 8 bis 10 Mann in einem Raum untergebracht) und fordert sofortige Beseitigung dieser Uebelstände. Der Etat der „Höheren Töchterschule" als Standesschule wird von der KPD. und USPD. abgelehnt, mit Hilfe der SPD. aber angenommen. (Proletarische Politik!) Beim Volksschuletat beantragt unsere Fraktion kostenfreie Schulräume für die Jugendpflege, höhere Mittel für die Schulzahnpflege, Streichung aller Mittel für kirchliche Zwecke, anständige Entlohnung für die Schuldiener und für die Scheuerleistungen, vor allem aber volle Lernmittelfreiheit. Bürgertum, SPD. und USPD. lehnen einmütig diese Anträge ab und bewilligen die vom Stadtv. Schwahn (SPD.) vorgeschlagene Lappalie von 10 000 Mk. für die Einführung der Lernmittelfreiheit. Hier setzt nun ein Zwischenfall ein, über den in der nächsten „Kämpfenden Jugend" ein ausführlicher Bericht folgt. Die Kommunistische Jugend, die durch den Gen. Baumgärtel sofort von der Ablehnung der Lernmittelfreiheit unterrichtet worden war, unterbrach sofort ihren Jugendabend und erschien demonstrierend vor dem Rathaus. Die Internationale ertönte, ein Jugendgenosse forderte in kurzen Worten die Lernmittelfreiheit und geißelte den Verrat der Reformsozialisten beiderlei Schattierung. Im Sitzungssaal wurde man wild, doch gelang es dem „Herrn Vorsteher", das Schiff um die Klippe herumzubringen. Die Jugend wird es sich aber nicht nehmen lassen, noch öfters von diesem Rechte Gebrauch zu machen. — Die Gelder für weitere Häuser der Heimstättengenossenschaft werden diesmal endlich abgelehnt, da auch die SPD. nicht mehr an den Schwindel glaubt. Herr Alpers wird nun dicke Tränen weinen. — Für Ferienkolonien werden einstimmig 25 000 Mk. bewilligt, die Einrichtung einer Haushaltungsschule wird beschlossen. — Bei der Frage des Schulgeldes für die Oberrealschule tritt man ebenfalls für eine Erhöhung ein. Die KPD. beantragt aber bei der Erhöhung des Schulgeldes für den freiwilligen Lateinunterricht von vier Schülern Streichung der städtischen Zuschüsse um 2400 Mk. Jeder soll diesen Unterricht selbst bezahlen. Die Reformsozialisten sind aber gegen Bourgeoissöhnchen großzügig und bewilligen den Zuschuß, es ist ja auch wichtiger als die Lernmittelfreiheit. — Es folgen dann noch weitere unwesentliche Punkte (Pachtverträge, Umgemeindung einer Parzelle usw.) und nach fünfstündiger Dauer fand gegen 11 Uhr die Sitzung ihr Ende. Jeder Proletarier kann nun seine Schlüsse ziehen, welche Partei seine Interessen vertritt.

Oeffentliche Elternversammlung. Am Montag, dem 29. Mai, abends 8 Uhr, findet die öffentliche Elternversammlung zu den Elternbeiratswahlen statt. Wir fordern die gesamten Arbeiteretern auf, vollzählig zu erscheinen, um eine Arbeitermehrheit im Elternrat zu bekommen. Erst dann ist die Möglichkeit da, eine proletarische Schulpolitik zu treiben.

Zeitz

Aus dem Gemeinderate. In der öffentlichen Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Wolfener Aktiengesellschaft für Anilinverwertung unserer Stadtgemeinde einen Betrag von 100 000 Mark für Wohlfahrtszwecke überwiesen hat. Der anhaltische Staatsrat und die Kreisbehörde von Dessau haben erhöhte Zuschüsse für Wohnungsbauzwecke der Gemeinden in Aussicht gestellt. Das Elektrizitätswerk Bitterfeld hat den Stromgebührenzuschlag für den Monat April mit 1300 vom Hundert festgesetzt. Die Frage der Uebernahme des Schießhauses der Schützengesellschaft, die die Gastwirtschaft Roßdorf angekauft hat, konnte noch nicht entschieden werden. Die Stadtvertretung zog den Ausbau des hallenartigen Gebäudes als Wohnraum in Erwägung.

Calbe a. S.

Wer hört hat! Ein hiesiger Einwohner, der vor dem Kriege nach Amerika ausgewandert war und seitdem nichts wieder von sich hatte hören lassen, sandte seiner hier lebenden Frau sein eingerahmtes Bild. Erbost, daß nichts weiter dabei lag, warf die Frau das Bild ins Feuer. Als aber tags darauf ein Brief des Gatten eintraf mit der Mitteilung, daß im Bild sechs Hunderttausendmarknoten (160 000 Mark) eingeschlossen seien, erhängte sich die Frau.

Magdeburg

Hofnachricht. Die Zeitungen bringen die sehr wichtige Hofnachricht, daß S. M. der Reichspräsident Ebert am 1. Juli zur Eröffnung der „Miama" nach Magdeburg kommt. Ob dieser Nachricht sind die Magdeburger rechtssozialistischen Partei- und Gewerkschaftsangestellten ganz aus dem Häuschen geraten; die Kürschner und Schneider haben vollauf zu tun, um die Inlinder und Fräcke aufzubügeln. Hoffentlich ist bis dorthin die Schnapsbrennerei in Altscherbitz in Betrieb, so daß der neueste rechtssozialistische Kartoffelschnaps trebenzt werden kann.

Stendal

Ein großer Waldbrand in der Nähe von Arendsee vernichtete 3000 Morgen Waldbestand.

Achtung, Postbezieher!

Bei der neuen Postbestellung auf den „Klassenkampf" muß angegeben werden, welche von den vier Ausgaben gewünscht wird:

1. **„Klassenkampf", Organ der KPD. für Halle-Merseburg;**
2. **„Klassenkampf", Organ der KPD. für die Kreise Mansfeld und Sangerhausen;**
3. **„Klassenkampf", Organ der KPD. für Merseburg-Querfurt und Weißenfels-Zeitz-Naumburg;**
4. **„Klassenkampf", Organ der KPD. für die Kreise Wittenberg-Schweinitz und Torgau-Liebenwerda.**

Die genaue Angabe der Ausgabe muß erfolgen, wenn der Besteller den gewünschten „Klassenkampf" erhalten will. Wir bitten, das Vorstehende zu beachten und die Bestellung in diesen Tagen aufzugeben, damit eine regelmäßige Weiterbelieferung erfolgt. Verlag Klassenkampf.

Bist du schon Mitglied der Produktivgenossenschaft? Nein!

K.P.D

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Verbenelstraße 14. Fernsprecher 1473. Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Verbenelstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitung. Dienstag, 30. Mai, nachm. 4 Uhr Sitzung.

Dienstag, 30. Mai, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: Sitzung d. **Vorstandes, der Bezirksleitungen, Obleute der Elternbeiräte, Betreuter d. Jugend, sowie Kindergruppe.**

Verkaufsstelle Talamtstr. u. Bauhof d. Allg. Konsumvereins. Dienstag, abends 8 Uhr, Spine 11-12: **Versammlung.** Tagesordnung: Bäcker- und Transportarbeiter-Streik.

Komm. Fraktion des Bauarbeiterverbandes. Dienstag, 30. Mai, abds. 8 Uhr, in der Prod.-Genossenschaft: **Vorstandssitzung.**

Unterbezirk Halle-Saaltreis.

Könnern. Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" **Mitgliederversammlung.** Tagesordnung: 1. Bericht vom Bezirksparteitag. 2. Bericht der Delegation von der Reuner-Kommissionssitzung. 3. Stellungnahme zur Elternbeiratswahl.

Nietleben-Zscherben. Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": **Frauenabend.** Reisereinin ist anwesend.

Unterbezirk Mansfeld.

Hettstedt-Burgörner. Mittwoch, 31. Mai, abds. 8 Uhr, im „Bergschlößchen" zu Hettstedt: **Mitgliederversammlung.** Thema: Bericht vom Bez.-Parteitag. Ref. Gen. Lademann. Klassenkampfleser willkommen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Bitterfeld. Dienstag, 30. Mai, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Elternversammlung.** Thema: „Die kommenden Elternbeiratswahlen". Ref.: Genosse Reinhold Schoenlank (Halle).

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

UT — Leipziger Str. 88. **Matrosenliebste** Ein Sittenbild aus dem Hafenleben in 6 Akten mit **Klary Lotto Karl de Vogt.** **Von Brillanten u. Detektiven!** Amerikan. Komödie in 4 Akten. 2291 **Beginn in sämtlichen Theatern 4 Uhr.**

WT — Walhalla-Lichtspiel-Theater. **Der müde Tod** 6 Akte voller Pracht und packender Handlung mit **Lil Dagover Ed. v. Winterstein.** **Lieber ins Kittchen!** Lustspiel in 3 Akten.

UT — Alte Promenade 11a. **Die Schande der Orlygssons** Prachtv. nordisches Drama i. 6 Akten mit **Ingeborg Spangsfeld** **Freie Bahn dem Tüchtigen!** Schwank in 3 Akten.

Herren-Hüte in Stroh und Filz kaufen Sie am vorteilhaftesten im **Spezialgeschäft** der **Stroh- und Filzhut-Fabrik** 2295 **Franz Zenk** Gr. Klausstraße 1 (neben der Reichschenke).

Heizungsmonteure durchaus selbständige, ältere, sofort gesucht. *452 **Sachße & Co., Bugenhagenstr. 12.**

Asthma kann **geheilt** werden! Sprechstunden in **Halle, Magdeburger Str. 60,** II Tr., jeden **Sonnabend** v. 10—1 Uhr. *323 **Dr. med. Alberts,** Spezialarzt, Berlin SW 11.

WT — **Walhalla-Theater.** **Ab 1. Juni:** Großes internationales **Varieté-Programm** 10 Attraktionen von Weltruf. Direktor **Josef Milos.** **Eröffnungsvorstellung Donnerstag, den 1. Juni 1922,** abends 8 Uhr. 2294 **Vorverkauf** ab Dienstag täglich 10—2 Uhr und abends ab 6 Uhr an der Walhalla-Hauptkasse.

SARRASANI Roßplatz — Täglich 7.15 Uhr Mittwoch, Sonnabend, Sonntag auch 3 Uhr Vorverkauf: Circuskasse ab 9 Uhr fest: ununterbrochen und Kurt Walis, Poststr. 1 **Nur kurze Zeit!** 2289

Habe meine **ärztliche Besuchs- u. Sprechstunden-Praxis** auch als **Kassenarzt** sämtl. Krankenkassen — nach Leendeter Heilung meiner Kriegs-D.-Beschädigung — jetzt in vollem **Umfange wieder aufgenommen.** 392 Sprechst.: 9½ b. 11 vorm., 3 b. 4 nachm. **Dr. med. Kolbe,** Richard-Wagner-Str. 48 .. Fernruf 2484.

Stadttheater Dienstag, den 30. Mai, Anf. 7½, Ende 10½ Uhr: **Alt-Heidelberg.** Schauspiel von Meyer-Förster. 2292 Mittwoch: **Zar u. Zimmermann.**

Jugendschriften, Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung**

Bettstellen m. Matr. Federbett, Küchenschrank zu verkaufen. **E. Hardtke** Torstr. 43. 2288

KPD. Ortsgruppe Halle. Am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 6 Uhr, entrank h. Baden unser Mitglied **Paul Kluge** im Alter von 29 Jahren. Ehre seinem Andenken. 2290 **Der Vorstand.**

Seefische 2293 **billig und nahrhaft.** Aus heute eingetroffenem Waggon in blutfrischer Qualität empfehlen wir: **Schellfisch o. Kopf** Pfd. nur **Seelachs o. Kopf** Pfd. nur **740 Pf.** **Goldbarsch o. Kopf** Pfd. nur **Kabeljau** ohne Kopf Pfd. 940 Pf. **Pa. gr. Rotzunge** Pfd. nur 1100 Pf. Brattertige **Karbonaden, Angelschellfische.** Ferner: **ff. geräuch. Schellfische** Pfd. nur 800 Pf. **ff. geräuch. Heringe** Pfd. nur 1400 Pf. **Als Sonderangebot:** Delikate saure Sardinen mit Kopf ¼ Pfund nur **200 Pf.** **Nordsee,** Deutschlands größter Fischhandel. Nur Gr. Mirichstr. 58. Tel. 5904. 1274a 1275

Feuerungs- und Schornstein-Maurer für größere Anlagen gesucht **Hermann Mäde,** Leipziger Straße 87. 394

Bekanntmachung.

Die in der hiesigen Mädchenvolksschule gezeichneten Kriegsanleihebeträge werden in nachstehender Reihenfolge zurückgezahlt: Am Dienstag, dem 30. d. M., vorm. von ½9 bis 12 Uhr und nachm. von 3 bis ½5 Uhr, an die Zeichner mit den Anfangsbuchstaben A bis M; Am Mittwoch, dem 31. d. M., vorm. von ½9 bis 12 Uhr und nachm. von 3 bis ½5 Uhr, an die Zeichner mit den Anfangsbuchstaben N bis Z. Die Auszahlung erfolgt im Stadtverordnetensitzungssaale des Rathauses nur gegen Rückgabe der i. J. erteilten Empfangsbescheinigungen. Zeichner, die Uebertragung der Beträge auf Sparkassenbücher wünschen, wollen letztere gleichzeitig mit vorlegen oder die Ausserfrung neuer Bücher beantragen.

Eisleben, den 27. Mai 1922.

289 **Der Magistrat.**

Melde deinen Beitritt sofort an und zeichne einen Anteil!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220529-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 29. Mai 1922.

Zu den Elternbeiratswahlen

Zehn Tage vor der Wahl, also am 31. Mai, müssen die Kandidatenlisten, mit 20 Unterschriften versehen, an den Wahlvorstand der jeweiligen Schule eingereicht werden.

Die Unterschriften können gleichfalls nur von Wählern, die in der Wählerliste der betr. Schule eingetragen sind, vollzogen werden. Eine Abschrift der Kandidatenliste muß dem Ortssekretariat zugestellt werden. Die Unterschriften können bei dem Dupliat weggelassen werden; doch muß auf alle Fälle der Name des Listenführers sowie die Anzahl der Wähler daraus ersichtlich sein.

Der Wohnungsmarkt im April

Selbsthilfe durch Dachgeschoßausbau"

Die Zahl der unerledigten Wohnungsgesuche betrug im April insgesamt 10 773, die der Neueintragungen 227. Nach dem Stande vom 31. März 1922 waren von 10 884 Wohnungsuchenden 7427 ohne eigene Wohnung, 3357 waren zwar im Besitz einer solchen, hegten aber aus mannigfachen Gründen den Wunsch, die Wohnung zu wechseln. Unter diesen Gründen steht der nach Wohnungsvergrößerung infolge Ueberfüllung der Wohnung obenan; daß heute infolge der Wohnungsnot 10 bis 12 Personen in einer Kleinwohnung von Stube, Kammer und Küche hausen müssen, ist eine im Wohnungsamt täglich beobachtete Erscheinung. Ferner müssen gegenwärtig noch Hunderte, wahrscheinlich aber Tausende von ungesunden, feuchten, baufälligen, mitunter gänzlich unzulänglichen Wohnungen lediglich deshalb hingenommen werden, weil keine Möglichkeit besteht, die Wohnungen zu schließen und die Inhaber anderweit unterzubringen. **Bei vorsichtigster Schätzung ist nach allem mindestens die Hälfte aller Wohnungssuchenden — rund 5000 — als dringend wohnungsbedürftig anzusehen.**

Neu besetzt wurden im April 210 Wohnungen, davon 25 im Zwangswege. Unter den Untergebrachten befanden sich 17 Familien, die laut Urteil des Amtsgerichts ihre Wohnungen räumen mußten. 3 Familien, die sich widerrechtlich in den Besitz von Wohnungen gesetzt hatten, mußten polizeilich daraus wieder entfernt werden.

Der Magistrat schreibt weiter: Bei der überaus großen Wohnungsnot ist es geboten, jede Möglichkeit zur Wohnungsbeschaffung heranzuziehen. Am einfachsten und billigsten (!!) kommt man zum Ziele, wenn man noch nicht genügend ausgenutzten Raum in Dachgeschossen zu Wohnzwecken herrichtet. In Halle gibt es eine große Anzahl von Dachgeschossen, die sich für diesen Zweck recht gut eignen. Wenn bisher auf diesem Gebiete verhältnismäßig wenig geschehen ist, so mag das daran liegen, daß die öffentliche Wohlfahrtspflege in erster Linie auf den Wohnungsneubau abgestellt ist, und daß Reichs- und Staatsdarlehne für solche Zwecke überhaupt nicht gewährt werden. Der Hauseigentümer scheut zumeist die hohen Ausbaukosten. Und doch liegt es gerade hier sehr nahe, ohne öffentliche Zuschüsse vorzugehen, indem Wohnungsuchende und Hauseigentümer sich zusammentun und gemeinsam die Kosten des Aus- oder Umbaues bestreiten. Beiden winken hierbei große Vorteile insofern, als die ohne öffentliche Gelder erstellten Wohnungen weder der Höchstmietenanordnung noch dem Zugriffsrecht des Wohnungsamtes unterliegen. Jeder Wohnungsuchende kann sich auf diese Weise, ohne Jahr und Tag auf die amtliche Zuweisung zu warten, eine Wohnung außerhalb der Reihe beschaffen.

*

Auf welchem Gebiete für den Mieter bei einer von ihm hergerichteten Wohnung die Vorteile liegen, da ja diese Wohnungen nicht der Höchstmietenanordnung unterliegen, bleibt das Geheimnis der magistratlichen Schlauheit. Es ist schon so: Die Folgen der behördlichen Unfähigkeit und der Spekulation des Baugewerbes sollen allein die Mieter tragen. Sie sollen dem Reich durch das Reichsmietengesetz und den Kommunen durch die Wohnungsbauabgabe die Mittel zur Beschaffung von Wohnungen geben, damit die Hausbesitzer und die Grundstücksspekulanten nachher ihre Gewinne einstecken können.

Der Streik in den Schokoladenfabriken

ist durch Verhandlungen, die am Mittwoch in Leipzig stattgefunden haben, beigelegt worden. Die Unternehmer zeigten sich sehr hartnäckig und wollten die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen. Da ihnen aber auf ihre Klagelieder immer wieder die hohen Dividenden entgegengehalten werden konnten, erklärten sie sich schließlich zu Zugeständnissen bereit. Sie bleiben aber noch weit hinter den allgemeinen Teuerungsverhältnissen zurück. Ihr Ziel jedoch haben die Arbeitgeber nicht erreicht: die streikenden Arbeiter durch ihre frechen Drohungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu zwingen. Sie wollen nun jetzt, nachdem der Streik beendet ist, all die „Streikbetzer" maßregeln. Die Arbeiterschaft muß durch ihre Geschlossenheit dafür sorgen, daß ihnen auch das nicht gelingt.

Uebergriffe der Polizei

In den letzten Tagen sind uns wieder eine ganze Reihe Uebergriffe von Polizeibeamten gemeldet worden. Wir geben auch diese der Polizeiverwaltung zur Kenntnis, damit sie Gelegenheit nimmt, die betreffenden Beamten zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein Schwerkriegsbeschädigter teilt uns mit, daß er am Donnerstagabend von einem stark angetrunkenen Sipoobeamten ohne jeden Anlaß mit dem Revolver bedroht worden sei. Der betreffende Sipoobeamte, der in Begleitung einiger Zivilisten war, hatte bereits den Revolver gezogen und wollte auf den Schwerkriegsbeschädigten losfeuern. Durch das Dazwischentreten einiger Fußgänger konnte der Beamte am Schießen verhindert werden. Die Angelegenheit ist der Polizeiwache gemeldet worden. — Am Sonntagnachmittag gegen 4 Uhr spielte vor der Glauchaschule ein Kind mit einem Ball. Dabei fiel der Ball in den durch ein niedriges Geländer abgezäunten Teil, der aber nicht mit einer Rasenfläche bedeckt ist. Als das Kind den Ball wieder holen wollte, wurde es von einem Sipoobeamten bemerkt, der es unter Drohungen mit zur Wache schleppte, wo es längere Zeit festgehalten wurde. Die Mutter mußte später erst die größten Anstrengungen machen, um ihr Kind wieder freizubekommen. — Am Sonntagnachmittag wurden gegen 1 Uhr zwei betrunkene Arbeiter nach der Polizeiwache Margaretenstraße gebracht. Ein Genosse folgte der Gruppe und blieb im Vorflur der Wache stehen. Er hörte dann ein fürchterliches Schreien der Verhafteten. Im nächsten Augenblick flog eine Tür auf und heraus stürzten zwei Sipoobeamte und zwei Kriminalbeamte, die einen der verhafteten Arbeiter mit Fußtritten in eine Arrestzelle beförderten. Auf die Bemerkungen des Genossen weigerten sich die Beamten, ihren Namen zu sagen. — Eine Frau aus Kröllwitz teilt uns folgendes mit: In der Nähe ihrer Wohnung waren Hühner gestohlen worden. Man verdächtigte ihren 13jährigen Jungen, der sodann aus der Schule Giebichenstein geholt und zur Wache gebracht wurde. Von dort gings in Begleitung zweier Kriminalbeamten in ihre Wohnung, um dort zu hausuchen. Unterwegs äußerte einer der Beamten zu dem Kleinen: „Wenn du nicht gestehst, kriegst du eine Nacht"! In der Wohnung wurde alles von oben nach unten gekehrt, aber von den Hühnern war nichts zu entdecken. Aus einem Tischkasten holte man [illegible] heraus. Als der Kleine hinsah, fuhren ihn die beiden Beamten an, er [illegible] nicht in alles hineinzustecken. Und zur Bekräftigung ihrer Worte gaben sie ihm einen Schlag ins Gesicht; außerdem drohten sie ihm, daß er in die Trenhauptstrafe gebracht werden würde. Er wurde dann freigelassen mit den Worten: Nun wollen wir dich Krüppel (oder Krüpel) nach Hause lassen, bis wir den andern haben!

Die Erbitterung der Bevölkerung gegen die Ordnungshüter, die in so herausfordernder Weise die öffentliche Ruhe und Sicherheit stören, zieht immer weitere Kreise. Die Polizeiverwaltung sollte endlich einmal mit starker Hand zufassen. Es ist aber auch Sache der Beamten selbst, dafür zu sorgen, daß solche Ordnungsstörer und „schlagfertigen" Beamten aus ihren Reihen entfernt werden.

Ihr laßt die Armen schuldig werden

Vom Hallischen Schöffengericht wurde ein Privatlehrer wegen Unterschlagung und Diebstahl zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte bei der Kreisbauernschaft eine Stelle antreten sollen, doch war der Antritt von der Beibringung eines polizeilichen Führungszeugnisses abhängig gemacht worden. Da er vor Jahren eine gerinfügige Strafe erlitten hatte, so war natürlich die Arbeitsaufnahme in der Kreisbauernschaft ihm unmöglich gemacht. 200 Mk. erhaltenen Vorschuß verbrauchte er und konnte ihn nicht zurückzahlen. Ein Lehrer hatte ihn aufgenommen und versuchte ihn beim Finanzamt unterzubringen, doch auch hier forderte man ein Führungszeugnis. Er unterschlug in seiner Verzweiflung über die Aussichtslosigkeit, wegen seiner einen Vorstrafe jemals zu seinem Beruf zurückkehren zu können, einen gelieherten Lodenmantel und 100 Mk.

So wird einem Menschen, der einmal mit dem bürgerlichen Gesetz in Konflikt gekommen ist, jede Aussicht auf ein ehrliches Leben genommen und in die Arme des Verbrechens getrieben. Bekannt dürfte noch das Schicksal des „Hauptmanns von Köpenick" sein, der über die Hälfte seines Lebens im Zuchthaus zubringen mußte, da die Polizei ihn aus seinen Arbeitsstellen immer verjagte. Mit der Erteilung von polizeilichen Führungszeugnissen muß unbedingt Schluß gemacht werden. Sie hindern die Menschen an der Aufnahme einer ehrlichen Beschäftigung.

Bis zum 15. Juni

läuft die freiwillige „Klassenkampf"-Spende!

Wer sein Organ unterstützen will, der überweise durch Zahlkarte an das Postscheckamt Leipzig, Nr. 106848, Fritz Kroh, Halle (Saale), sofort einen Betrag.

Klassenjustiz

Wegen der Aufforderung, nach dem Walhalla zu ziehen, wo eine Leitow-Vorbeck-Demonstration stattfand, war der Genosse Kurt Jeserich von der Hallischen Strafkammer zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die gegen dieses unerhörte Urteil eingelegte Revision ist jetzt vom Reichsgericht verworfen worden.

In der freiesten Republik der Welt gibt es keine Klassenjustiz. Darum dürfen die Orgeschrüder bewaffnet herumziehen, dürfen sie unter polizeilichem Schutz ihre monarchistische Propaganda betreiben. Da findet sich kein Staatsanwalt der gegen dieses Gesindel einschreitet, wohl aber, wenn Arbeiter sich gegen das monarchistische Treiben auflehnen. Dann werden sie auf viele Jahre ins Zuchthaus oder Gefängnis geworfen.

Gegen Verleumdungen der Telegraphenarbeiter

Am Mittwoch fand in Borks Restaurant eine Mitgliederversammlung der Telegraphenarbeiter statt. Nach Stellungnahme zu den Lohnverhandlungen mit der Reichspostverwaltung und zu dem Beamtenrätegesetz beschäftigte sich die Versammlung auch mit der Beratung des Haushalts des Reichspostministeriums im Reichstag. Nach einer recht lebhaften Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die sich mit besonderer Schärfe gegen die Ausführungen einiger bürgerlicher Abgeordneten wendet, die die Diebstähle bei der Post den Telegraphenarbeitern zuschieben, weil sie keine Uniform tragen. (!!) In der Entschließung wird gesagt, daß zwar die Löhne sehr niedrig sind, daß aber die vielen direkten und indirekten Vorgesetzten schon darüber wachten, daß ein Telegraphenarbeiter gar nicht in die Verlegenheit kommen könne, sich an dem Eigentum des Staates zu vergreifen.

Unseren Lesern zur Beachtung empfohlen

Der Verlag „Klassenkampf" hat aus seinem Leserkreise mehrere Anfragen erhalten, weshalb die „Hallesche Pfännerschaft A.-G." nicht im „Klassenkampf" inseriert, während ihre Anzeigen in bürgerlichen Blättern vorzufinden sind. Die Fragesteller sind Abnehmer der Halleschen Pfännerschaft. Um nun eine Antwort erteilen zu können, richteten wir ein Schreiben an die Hallesche Pfännerschaft und ersuchten um eine Begründung ihres Nichtinserierens in unserer Zeitung. Die Antwort lautet:

„Auf Ihr Schreiben vom 10. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir den Standpunkt vertreten, daß bei Reklameaufragen alle Parteitragen und Parteistreitigkeiten auszuschalten sind; andererseits aber geben wir, soweit wir überhaupt in Tageszeitungen Reklame machen, diese Aufträge nur an solche Blätter, bei denen wir die Sicherheit haben, daß die Behandlung aller wirtschaftlichen Fragen usw. in sachlicher und objektiver, d. h. nicht persönlicher Weise erfolgt. Da wir mehrfach die gegenteilige Erfahrung haben machen müssen, ist diese Voraussetzung bei Ihnen nicht gegeben und wir bedauern deshalb, Ihnen irgend welche Inseratauftäge nicht erteilen zu können.

Mit Glückauf!

Hallesche Pfännerschaft Aktiengesellschaft.

Hierzu hat der Verlag zu erklären, daß bei einer Anzeige der Halleschen Pfännerschaft Parteitragen überhaupt nicht in Frage kommen. Daß der „Klassenkampf" die wirtschaftlichen Fragen nicht nach dem Geschmack der Direktion der Halleschen Pfännerschaft behandelt, das geben wir gern zu. Also ist es die politische Einstellung bei der Halleschen Pfännerschaft Aktiengesellschaft, daß sie nicht im „Klassenkampf" inseriert. Leser, merkt Euch die Antwort und zahlt mit gleicher Münze.

* **Der Zuckerwucher** hatte vor einiger Zeit die Regierungsstellen veranlaßt, der Einfuhr von Auslandszucker zuzustimmen. Darob regten sich die Aktionäre der Zuckerindustrie ganz erheblich auf, weil sie sich dadurch in dem Recht der alleinigen Ausplünderung der Bevölkerung beschränkt sahen. Nun ist inzwischen der „Auslandszucker" neben richtigem Auslandszucker in Deutschland eingetroffen und bereits überall zu haben, natürlich zu einem höheren Preis als der Inlandszucker. Die deutschen Zuckerfabrikanten halten sich durch diese Konkurrenz dadurch schadlos, daß sie jetzt wahrscheinlich nur noch „Auslandszucker" zum Verkauf bringen werden.

* **Die Gefahren der Ansteckung durch Schwindsucht** häufen sich infolge des Wohnungsmangels und der damit unmöglich gewordenen Trennung der Gesunden von den Kranken ungeheuer. Daher steht die Wohnungsfürsorge im Mittelpunkt der Tuberkulosebekämpfung. Die Lungenfürsorgestelle Salzgrafenstraße 1 (Sprechzeit täglich von 3 bis 4 Uhr) bemüht sich, hier Besserung zu schaffen. Leider ist eine beschleunigte Wohnungsvermittelung aber nur dann möglich, wenn eine offene Tuberkulose vorliegt und eine Ansteckungsgefahr infolge mangelnder Absonderungsmöglichkeit bedingt ist. Alle Gesuche von anderen Kranken, Tuberkulosegefährdeten oder sogenannten geschlossenen, nicht ansteckungsfähigen Tuberkulosen können von der Fürsorgestelle nicht wesentlich gefördert werden. Erstuntersuchungen brachte der Monat März der Fürsorgestelle 95, davon hatten 11 eine Lungentuberkulose, bei 14 bestand Verdacht auf Tuberkulose, bei vier eine Möglichkeit; diese 18 wurden in Beobachtung genommen. Röntgenaufnahmen wurden in der Fürsorgestelle 118 vorgenommen, offene Tuberkulosen wurden aus dem Monat Februar 311 übernommen, 21 neue kamen dazu. Von Hallischen Einwohnern starben an Tuberkulose 27, davon war der Fürsorgestelle die Hälfte bekannt. Ein Drittel der Kranken starb im Krankenhaus. Leider fehlt es in Halle sehr an Platz, um Lungenkranke in Krankenhäusern unterzubringen, besonders nachdem auch die Lungenabteilung des Elisabeth-Krankenhauses aufgelöst worden ist. Es ist zu erwarten, daß im Alters- und Pflegeheim eine größere Tuberkulosestation mit 20 bis 30 Betten eröffnet wird, um den Kranken eine Unterkunft, den gesünderen Familien Schutz durch Aufnahme der Kranken zu gewähren.

* **Für die „Rote Hilfe"** wurden von der Belegschaft der Baumwollspinnerei in Halle 662,50 Mk. gesammelt.

* **Arbeiterbildungsausschuß.** Mittwoch, den 31. Mai, letzte Aufführung der Oper „Zar und Zimmermann". Karten zu 20, 14 und 10 Mk. sind noch im Arbeitersekretariat, Harz 42/44, zu haben.

* **Sinfonische Morgenmusik in Wittekind.** An Stelle des erkrankten Gastdirigenten Benno Plätz wird die „Sinfonische Morgenmusik" morgen, Dienstag, seitz Obermusikmeister Karl Steuer leiten. Di «Vortragsfolge enthält folgende Werke: Largo aus der Oper „Xerxes" von Händel, Sinfonische Ouvertüre von Verdi, L'Arlesienne, Suite von Bizet, Deutsche Rhapsodie von Kämpfert. Möglicherweise wird auch das Freitag-Nachmittags-Konzert unter Leitung des Obermusikmeisters Karl Steuer stattfinden.

* **Karten zu Sarrasani.** Die Vorverkaufsstellen für die Sarrasani-Schau, die nur noch kurze Zeit in Halle ist, sind andauernd dicht belagert. Die Zirkuskassen werden deshalb bereits von 9 Uhr vormittags an geöffnet werden. Sie werden ohne Unterbrechung offen gehalten. Dasselbe ist an der Vorverkaufsstelle von Kurt Walla, Poststraße 1, der Fall. Bestellungen auf Logen- und Parkettsitze werden von der Telephonzentrale der Sarrasani-Schau, Amt Halle Nr. 1365, entgegengenommen. Der Vorverkauf für die Pfingstfeiertage beginnt am Donnerstagvormittag. Für alle Vorstellungen empfiehlt sich rechtzeitige Sicherung der Karten. Zu der Vorstellung am Mittwochnachmittag um 3 Uhr zahlen Kinder nur halbe Preise.

Aus der Provinz

Betrifft: Vorführung des Rußlandfilms

Die Unterbezirksleitungen und Ortsgruppenvorstände werden nochmals auf die Tournee im Bezirk Halle-Merseburg mit dem interessanten, hochaktuellen Film „Sowjet-Rußland im Bild" aufmerksam gemacht. Da uns der Film von Pfingsten an zur Verfügung steht, ist es notwendig, daß die Ortsgruppen umgehend, möglichst im Rahmen des bereits veröffentlichten Planes, Rücksprache mit ihrem Kinobesitzer halten wegen Vorführung des Films. Von dem Ergebnis muß die Bezirksleitung sofort unterrichtet werden, damit die Tournee zur festgesetzten Zeit beginnen und jeder Tag der vier Wochen belegt werden kann.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Die „Deutschen Kampfsportler" und die Arbeitersportler"

Wer gedenkt nicht mehr der Tage, wo die bürgerlichen Sportverbände Jugendkompagnien bildeten und die Jugendlichen im Schützengrabendienst und Handgranatenwerfen ausbildeten? Welcher Proletarier hat es vergessen, daß die bürgerlichen Sportvereine das Hauptkontingent zu den rühmlichst bekannten Freiwilligen-Bataillonen stellten? Welcher Proletarier zweifelt noch daran, daß die bürgerlichen Sportvereine zu den kräftigsten Stützen der Reaktion, des Kapitalismus gehören? Genossen, ist es da nicht allerhöchste Zeit, daß dem Proletariat gleiche, ja noch festere Bollwerke erstehen? Sie sind da, es gibt eine starke, mächtige Arbeitersportbewegung.

Mit wochenlanger Zeitungsreklame und riesengroßem Tamtam werden die bürgerlichen reaktionären Sportverbände in der Zeit vom 18. bis 25. Juni die „Deutschen Kampfspiele" vom Stapel lassen. Unter schwarzweißrotem Fahnengeflatter und Hurrarufen wird man sich in patriotischen Reden beweihräuchern, es werden Exzellenzen, hohe, höchste und vielleicht auch allerhöchste Persönlichkeiten „höchstderselbst" erscheinen, Zylinder, Pickelhaube, Frack, Sabul, krumme Buckel und huldvolles Lächeln werden die Symbole sein, zu denen der Sport mit seinen „Massen" den Rahmen gibt. Proletarier, ihr wißt, mit wem ihr es zu tun habt. Wenn ihr im Betrieb, auf der Straße oder sonstwo immer aufgefordert werdet, eine der sicherlich zahlreichen Veranstaltungen der „Deutschen Kampfspiele" zu besuchen, dann sagt, was ihr über diese Zumutung denkt. Sagt aber auch, daß eure Klassengenossen zu den Arbeitersportlern gehören.

Kein Proletarier den bürgerlichen Sportvereinen! Keine Mark, keine Minute eurer kostbaren Zeit den „Deutschen Kampfspielen"! Stärkt und fördert eure Klassenorganisation: die Arbeitersportverbände.

Rothenschiembach

Zur Nachahmung empfohlen! Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, das die hiesigen „Teutschen" 1878 ihrem „Willem" errichtet hatten, ist nunmehr auf Beschluß der Gemeindeverwaltung abgebrochen worden. Die freigewordenen Steine sollen zu anderen, besseren Zwecken verwendet werden. Recht so! Natürlich heult die reaktionäre Meute auf. Laßt sie bellen!

Sport

Deutsches Arbeiter-Turn- und -Sportfest in Leipzig.

Die erste große Heerschau der deutschen Arbeitersportler rückt immer näher und überall rüstet man eifrig für den Besuch des Festes. Die Fahrt nach Leipzig soll, soweit wie das möglich ist, durch Sonderzug geschehen. Die Vorarbeiten dazu sind in vollem Gange und müssen am 1. Juni ihren Abschluß finden. Die Vereine, die ihre Teilnahme am Fest und Sonderzug noch nicht nach Leipzig gemeldet haben, müssen sofort Meldematerial und Festbeiträge einsenden. Wer also noch auf die Benutzung des Sonderzuges zu ermäßigten Preisen reflektiert, muß noch vor dem 1. Juni seine Anmeldung vollziehen. Also auf zum frohen Feste der Arbeit nach Leipzig.

Ausschreibung der leichtathletischen Kämpfe zur Reichs-Arbeiter-Sport-Woche.

Für Jugend bis 18 Jahre zum 11. Juni: 100-Meter-Laufen, 800-Meter-Laufen, 4×100-Meter-Staffette, Weitsprung. Für Erwachsene am 18. Juni: 100-, 200- und 1500-Meter-Laufen, 4×100-Meter, 4×1000-Meter-Staffette, Weitsprung, Hochsprung, Diskuswerfen, Kugelstoßen, Speerwerfen. Für Frauen: 100-Meter-Laufen, Weitsprung.

Alle Meldungen müssen bis 6. Juni in meinen Händen sein. Startgeld wird nicht erhoben; es kommen auch keine Preise zur Verteilung, da es sich um einen Werbetag für unsere schöne Leichtathletik handelt. Fußballer, Leichtathleten und Frauen! Meldet Euch zahlreich! Es soll eine letzte Prüfung für unser Bundesfest in Leipzig sein. **Otto Eurich**, Halle, Schletiweg 8.

Athletikvereinigung „Germania-Zellenfest" verlor nach wundervollen Kämpfe gegen „Veroliva" Berlin sehr knapp mit 13:11 Punkten. Auch bei den Vorkämpfen und Ringkämpfen wurde sehr guter Sport geboten.

Arbeiteretern, abonniert für Eure Kinder die Arbeiter-Kinderzeitung, den „Jungen Genossen"

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220529-11/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Liebe Pilgerfahrt

41] Roman von Upton Sinclair

VII

Als Türen und Fenster eingefügt, die Veranda und die Stufen gebaut waren, kam noch die Einrichtung in Frage, die ebenfalls daheim angefertigt werden sollte. Thyrsis war begeistert über die Tische, Gestelle und Bücherschränke, die er in zwei bis drei Stunden aus weichem Holz verfertigen konnte, und von denen das Stück vierzig Cents kostete. Er versuchte, seine Freude Corydon mitzuteilen, doch gelang es ihm nicht; im Gegenteil, seine Freude schwand, ohne daß die ihre zunahm. Erst viele Jahre später sah Thyrsis ein, Corydons Charakter gehöre zu den unerschütterlichen Dingen des Weltalls.

Das ganze Haus mit Einrichtung kostete zweihundertfünfundzwanzig Dollars. Thyrsis kaufte noch für dreißig Dollars Holz, baute sich im Walde ein „Studierzimmer" mit Tür und Fenster und einer winzigen Veranda. Dann kam der festliche Einzug in die neue Behausung. Welches Glück war es doch, Gestelle und Schränke zu haben, in die man Gegenstände legen konnte, und nicht mehr alles unter die Betten schieben zu müssen!

Um diese Zeit des Jahres fanden in der Umgebung Verteilungen statt. Thyrsis und Corydon fuhren mit der alten Schindmähre durchs Land und kauften etliche kleine Gegenstände für fünf oder zehn Cents. Einmal wurde eine wundervolle alte Uhr versteigert. Corydon flüsterte: „O Thyrsis, ich wäre glücklich bis ans Ende meines Lebens, wenn ich diese Uhr haben könnte."

Ein so viele Jahre währendes Glück schien Thyrsis eines Opfers wert, er versprach, fünf Dollars für die Uhr zu bieten. Zitternd vor Aufregung standen die beiden da. „Gehe bis zu sechs Dollars, nur laß uns die Uhr nicht entgehen", flüsterte Corydon. Betrübt lauschten sie den Angeboten, die alle das ihre überstiegen; schließlich wurde die Uhr für fünfundzwanzig Dollars verkauft. Die beiden fuhren heim, ganz benommen von dieser Begegnung mit der Welt des Luxus.

VIII

Doch kränkte sie diese Enttäuschung nicht lange, bot doch das eigene Heim viel Luxus und Behagen. Bald nach ihrem Einzug regnete es in Strömen; wie herrlich war es, dem Prasseln zu lauschen, sich in Sicherheit, warm und trocken zu fühlen! Sie standen umschlungen am Fenster, betrachteten, wie der Regen über die Felder fegte, von der Ulme herabfloß, in Strömen am Haus vorüberschoß. Und sie waren im Trockenen! Es goß drei Tage lang. Für Corydon waren diese Regentage voller Bedeutung — denn sie waren der Anfang ihrer Dichterlaufbahn. In der Nacht wurde sie vom Kind aus bleiernem Schlaf geweckt. Sie fuhr auf, streckte nach ihm zögernd den Arm aus. Jählings überwältigte sie ein Gefühl des Hasses, Haß gegen das Kind, gegen seine ewigen Ansprüche, seinen Lärm. Weshalb mußte sie sich für dieses unerträgliche Geschöpf, das sie nicht liebte, opfern? Was ging es sie an, daß andere Frauen ihre Kinder lieben? Sie hatte nach dem Leben verlangt — war dies Leben? Plötzlich kam ihr ein kühner Entschluß. Sie biß die Zähne zusammen. „Nein, ich lasse ihn schreien, werde es ihm schon abgewöhnen. Noch heute Nacht." Sie befahl Cedric zu schlafen, drehte sich um, worauf das Kind noch lauter brüllte.

Corydon lag reglos im Dunkeln, mit geweiteten Augen und angespannten Nerven. Sie vermochte weder zu denken noch zu fühlen, ein einziger ihrer Sinne lebte: das Gehör. Um sie, oben, unten, in ihr, fühlte sie das gellende Schreien, das, immer stärker werdend, das Plätschern des Regens verschlang. „Kann ich es ertragen?" fragte sie sich. „Werden seine Lungen nicht platzen? Ich muß es ertragen, es kann nicht immer so weitergehen." Sie wartete mit geballten Fäusten; zehn Minuten vergingen, zwanzig, noch immer schrie das Kind. Nach einer Weile war es Corydon, als liege sie seit einer Ewigkeit so da; allmählich löste sich die Spannung, sie begann die lächerliche Seite zu sehen. „Cedric will mich besiegen", dachte sie, „kann ich ihm widerstehen? Wenn ich meine Gedanken ablenken könnte, wäre es vielleicht möglich." Jählings kam ihr ein Gedanke: ich werde ein Gedicht schreiben!

Der Regen rauschte heftiger, das Fallen der Tropfen bezauberte sie, und sie schrieb: „Ich bin der Regen, der im Frühling kommt." Bald darauf war sie völlig vertieft, dachte gar nicht mehr an das Kind. Sie hatte es noch nie versucht, Verse zu schreiben, nun schien es ihr seltsam leicht. Das Gedicht war schlicht und optimistisch, sprach von den nutzbringenden Eigenschaften des Regens — für jene, die ein Dach über dem Haupt hatten —. Eine Strophe gefiel ihr besonders gut:

„Ich bin der Regen, der zur Nachtzeit fließt,
Da milder Schlummer alles weich umschließt,
Bis auf die Wachenden, die müd sich quälen
Und jeden Tropfen bis zum Morgen zählen."

Sie fragte sich, was Thyrsis zu dieser Strophe sagen würde. Das Gedicht bestand aus acht Strophen; als sie es beendete, graute bereits der Morgen. Das Kind weinte noch immer, jetzt jedoch schon leise, erschöpft. Corydon fühlte, sie habe gesiegt. Sie lag regungslos da und empfand eine glückliche Stille.

Als Thyrsis etliche Stunden später erschien, fand er sie mit glühenden Wangen und leuchtenden Augen. „O Thyrsis!" rief sie, „morgen wird das Kind nicht mehr so lange schreien, und übermorgen wird die Quälerei noch kürzer währen. Bald wird es lernen, wie ein braves, zivilisiertes Baby zu schlafen. Und, Liebster, ich glaube, ich bin eine Dichterin; heute nacht überkam mich die Inspiration."

Sie las ihm das Gedicht vor. Wie wartete sie auf sein Urteil, wie klammerte sie sich an jedes Wort! Was konnte ein Mann in so einem Falle tun? Sollte et Gatte oder Kritiker sein? Doch war sein Zögern bereits verhängnisvoll. „O!" rief sie enttäuscht, „es gefällt dir nicht! Du findest es schlecht."

„Liebste", meinte er begütigend, „es ist nicht so einfach, Gedichte zu schreiben. Auch kann man verschiedene Maßstäbe anlegen; dem einen nach kann es schlecht, dem anderen nach gut sein. Die wahren Höhen der Dichtkunst sind . . ."

„Wie soll ich die wahren Höhen erreichen", klagte Corydon, „wenn mich niemand ermutigt?"

IX

Nun gab es für Thyrsis keine Ausflüchte mehr; sein Buch mußte geschrieben werden. Das Werk war herangereift, die Stunde der Geburt gekommen. Dies erklärte er Corydon, Hand in Hand mit ihr sitzend. Dann verließ er sie. Wochenlang schritt er einher wie ein Geist, zerstreut, müde und blaß. Alle Arbeit, die er bisher geleistet hatte, war wie ein Kinderspiel gewesen.

Er arbeitete an einer Schilderung, schrieb sie stets von neuem, prägte sie in sein Gedächtnis ein, schrieb sie dann nochmals nieder. An etlichen Szenen des neuen Buches arbeitete er zwei bis drei Wochen in einem Zug. Es gab buchstäblich keinen Augenblick des Tages und auch der Nacht, da er nicht im Geiste die Bilder verarbeitete. Versuchte er zu raten, eine andere Beschäftigung vorzunehmen, so fühlte er sich unruhig, unbehaglich, als rufe ihn etwas, reiße ihn fort. Wurde er unterbrochen, so kam er sich vor wie ein Bäcker, dessen Herd auskühlt, ehe das Brot gar ist — es fällt dem Bäcker schwer, aus diesen Broten etwas Rechtes zu machen.

Und diese Arbeit mußte er als verheirateter Mann, als Familienvater leisten, zusammenlebend mit einem Kind, das unentwegt Beachtung forderte, mit einer Frau, die, schwächlich und krank, die Einsamkeit fürchtete, den Dämonen der Schwermut und der Verzweiflung ausgeliefert war. Er hatte geglaubt, mit dem Einzug in das neue Heim würden alle häuslichen Sorgen vorüber sein. Nun jedoch überfiel sie ein grimmiger Feind: der Winter. Beide hatten noch nie einen Winter auf dem Lande verlebt; nun erst begriffen sie, weshalb der Farmer sie gewarnt hatte, sich in einer derartigen Wildnis niederzulassen. Es gab viele Tage, wo sie nicht in die Stadt, ja nicht einmal zur Farm gelangen konnten. Der Ziehbrunnen fror ein, es kostete unsägliche Mühen und Anstrengungen, um Wasser zu bekommen. Das Schicksal wollte es, daß dieser Winter einer der kältesten war, die je in der Gegend geherrscht hatten. Sie besaßen nur einen kleinen mit Holz heizbaren Ofen, konnten auch nicht die ganze Nacht das Feuer unterhalten, mußten oft völlig bekleidet schlafen. Am Morgen mußten sie im eiskalten Zimmer aufstehen, hatten häufig kein Waschwasser. Allmählich begann sogar Corydon sich zu vernachlässigen. Sie glitten immer tiefer hinab. Thyrsis arbeitete, bis er schwach und erschöpft war, fand dann, wenn er aus seiner Waldhütte heimkehrte, kein Essen vor. War das Mahl zubereitet, so stürzten sie sich darauf wie die Wilden. Thyrsis eilte zu seiner Arbeit zurück, Schüsseln und Teller blieben beschmutzt stehen bis zur nächsten Mahlzeit. Dann gab es noch die Müllkiste, die er stets zu leeren, die Lampen, die er zu füllen vergaß. Jemand mußte auch die Kindermäsche waschen; draußen aber herrschte die grausame, bittere Kälte, die sie ins Haus trieb, sie in Unordnung und Schmutz einkerkerte. Die Zeit kam, da ihnen das Haus, das sie unter so vielen Opfern und Entbehrungen gebaut, in das sie mit so freudiger Hoffnung eingezogen waren, wie eine Höhle vorkam, in der wilde Tiere vor dem Unwetter Schutz suchten.

(Fortsetzung folgt.)

Mehr Licht

Ein Sonnenstrahl stiehlt sich in meine Zelle
Wie tanzt er neckisch auf den kahlen Wänden,
Ich möchte halten ihn in meinen Händen.
Grüßt deine Mutter Sonne mich, du heiterer Geselle.

O Sonnenbote, nimm mich mit ins Freie.
Wie würde heiß und froh mich deine Mutter küssen,
Mit ihrer Gutenliebe wegzuschmeicheln wissen
Des Herzens Einsamkeit; beleben mich aufs neue.

Hier sinke ich im uferlosen Meer.
Unübersteigbar wächst das Urgebirg der Zeiten.
In ihnen irrend die Gedanken gleiten
Und rastlos jagen wie das wilde Heer.

Draußen, o Sonnenkind, da spielen deine Brüder.
Geschmückt in deiner Mutter Strahlensegen,
Jauchzt die Natur, Geliebte, euch entgegen.
Der Sonne Sieg künden der Vögel Lieder.

Mein lieber Strahl, Vertrauter stiller Stunden,
Du bleibst, ich lerne deiner Sprache Flimmern.
Nicht will ich sklavisch um die Freiheit wimmern,
In deinem Lichte hab ich mich gefunden.

Dich schrecken Gitter nicht noch Dunkelheiten.
Siegend durchbrichst du alle Schranken,
Ein Urbild der Idee, ein Abglanz der Gedanken,
Die leuchtend steigen aus dem Schoß der Zeiten.

Kann man das Sonnenlicht im Kerker binden?
So wenig wie die Sonne der Natur,
Verscheucht ihr Sklavenvögte unsrer Sonne Spur.
Sie wird den Weg zu allen Herzen finden.

Dann wehe euch, wenn die gebeugten Rücken
Sich recken, ihrem Lichte zugewandt.
Wenn sie die Ketten brechen in des Lichtes Brand
Und zahlen heim euch eure Tücken.

Dann, Sonnenstrahl, bin ich dir gleich geworden.
Nicht hält mich Kerker, finstere Gewalten.
In meinen Armen werd' ich Sonnen halten,
Die Menschen, deren Knechtessinn erstorben.

Fr. Kummerow.

Auf der Straße . . .

Zwei Bilder von Ida Schilz (Hamburg)

I

Ein feiner Sprühregen fällt herab, fein und doch durchdringend. — Jeder hastet und eilt seines Weges. — — —

Das kleine Mädchen dort aber wird von niemanden beachtet. Keiner bemerkt das verweinte ängstliche Gesichtchen der Kleinen, noch das zerrissene blutige Knie.

Die Scherben des Topfes liegen vor ihr; die Milch ist verlaufen . . . dieses kostbare Naß. — — —

Alles rennt vorbei — feine Damen, Herren in eleganter Kleidung, Angestellte von ihrer Arbeitsstätte kommend — niemand kümmert sich um das Kind. —

Halt, da kommt ein Arbeiter in seinem schmutzigen Arbeitskittel; seinen Essentopf trägt er in ein rotes Taschentuch gebunden.

Er sieht das Kind, sagt nicht viel, sondern wickelt seinen Topf aus und wischt mit seinem roten Tuch das Blut vom Bein des Kindes, sucht dann die Scherben zusammen und legt sie beiseite.

Darauf nimmt er das Kind bei der Hand und geht mit ihm in den nächsten Milchladen.

Nach wenigen Minuten kommen beide wieder heraus. Und die Kleine trägt jetzt vorsichtig mit beiden Händen die Feldflasche des Arbeiters, mit Milch gefüllt . . .

II

Ein kleiner Menschenauflauf auf dem Jungfernstieg.

Nanu, was ist denn da los? Ein Zeitungsverkäufer? Vielleicht ein Unglücksfall? —

O nein, das alles nicht.

Es ist nur ein niedlicher Seidenpinscher mit einem seidenen Deckchen auf dem Rücken. Seine Herrin, ein „Dämchen", zieht vergeblich an der Leine. Der Hund bleibt ruhig sitzen und schaut seine Herrin treuherzig an. —

Alles lacht und amüsiert sich.

„Reizendes Tierchen!"

„Fescher Bengel!"

„Süßer Köter!"

So geht es in einemfort. Der jungen Dame werden höfliche schmeichelnde Komplimente gemacht.

Nu ja, einmal wieder eine Abwechselung.

„Das Leben ist ja so langweilig," sagt gähnend ein dicker Schieber zu seiner Begleiterin.

„Weißt du, Mausi, wir schaffen uns auch so ein Viehchen an; das ist mal was anderes, so ein Ding!"

Die Tragödie der Holzhäuser

Von Ketty Guttmann

Niesky ist eine Fabrikstadt im schlesischen Wald, die nur aus Holzbaracken besteht. Ein Ort, wie Chicago entstanden, auf einen Zauberschlag während des Krieges, als man Baracken brauchte.

Eine alte Sägerei stand vorher da an einem Gewässer; plötzlich wurde eine genial hingehauene Fabrikstadt daraus. Kloßiges Geld wurde verdient an den Kriegsbaracken. Arbeiter und Arbeiterinnen wuchsen wie Erdgeister aus dem Boden; man brauchte sich um sie überhaupt nicht zu kümmern. Sie legten den Wald nieder, behauten die Stämme, schleppten Balken auf den Schultern, fraßen Holzstaub, krochen nachts in selbstbehauene Baracken, in die man des Morastes wegen bloß barfuß gelangen konnte. Dies Volk der Gnomen aus Polen und Böhmen und Schlesien scheint nur einen einzigen riesigen Hunger zu haben: Nach Arbeit! —

Im Frühling 1921 stand Niesky leer. Aber da der geniale Sägewerksbesitzer politische Beziehungen besaß, so tat er wieder den entsprechenden Zauberschlag und die Gnomen tauchten wieder auf. Sie traten friedend, mit dem Bündel unter dem Arm, in die hochheimlichen im Morast steckenden Behausungen, beschauten die lauigen Schlangenrinnen, die sich die Frühlingsregen durch die Dachplanken gebahnt hatten, und ihre Kinder stürzten sich auf die — Pitze, die im Moos in den Ritzen wuchsen. Eine idyllische Sommerstische! Aber der große Hunger nach der Arbeit sollte ja gestillt werden.

Holzhäuser sollten ja gebaut werden. Unabsehbare Massen transportabler Holzhäuser — 25 000 Stück in einem einzigen Jahr! Als kleiner Anfang des Wiederaufbaues Nordfrankreichs.

Simons hatte sie angeboten, Loucheur hatte das Angebot aufgegriffen — in 25 Sachverständigenkonferenzen war die Sache durchgesprochen — mit Extrazügen waren die beiderseitigen Experten nach Wiesbaden gefahren, 5 Kanzleien wurden ihrethalben eröffnet — bei der Kriegslastenkommission des Wiederaufbauministeriums zu Paris hatte ein Vertreter einer interessierten Macht ein Duell mit einem französischen Spekulanten ihrethalben — Kabinettskrisen standen bevor — von Frankreich drohte ein Revanchekrieg, wenn die französischen Sägewerksbesitzer und genialen Unternehmer nicht ihrerseits berücksichtigt werden. Das Nieskyer Chicago wurde ein Aktienunternehmen. — Der ursprüngliche Besitzer machte eine Hochlandreise, als ihn der Schlag und die Katastrophe seiner Papiere traf. Denn die Nieskyer Aktien fielen. Loucheur und Rathenau und Bemmelmans und die 25 Experten und der Weichselsopf der französischen Interessenten und der vor Energie und Jobbergeist fiebernde deutsche Erwerbssinn hatten sich ineinander verbissen. Nach 200 Referaten bei den zuständigen Stellen waren aus den 25 000 Holzhäusern 5000 geworden.

Wieder raste der Sturm. Die journalistischen Scherenschleifereien Frankreichs begannen zu klappern. Die nationale Ehre war beiderseitig in Gefahr. Die vor Gier nach Profit japsenden deutschen Geschäftemacher protzten mit der für nichts zu habenden deutschen Mark und mit den stummen, willigen Gnomen, die man in Deutschland aus dem Boden stampft. — Alles half nichts. —

Nur 100 Probehäuser wurden bestellt und die können nicht montiert werden; die Fundamente fehlen auf der zerrissenen französischen Erde.

Die Gnomen im schlesischen Wald versinken stumm im Boden. Man hat gehört, daß sie in den Großstädten wieder aufgetaucht sein sollen; diesmal als Wartende vor den Arbeitsnachweisen, die Fäuste in den Hosentaschen und die Zähne unter den mageren Backen zusammengekrampft.

In Frankreich aber flucht der kleine Bauer und der obdachlose Kleingewerbetreibende, der in den Schreckensgebieten seine Heimat hatte.

„Was für ein Sinn ist in all' dem faulen Geschwätz über die Reparationen? Wann endlich wird mein armer Herd wieder errichtet?" —

Die französischen „Gnomen" tragen ihr Bündel auch ratlos unter dem Arm. Sie knirschen mit den Zähnen, wie die Deutschen vor ihren Arbeitsnachweisen. Sie haben denselben großen Hunger wie die Deutschen und die Polen und die Böhmen, und treuherzig haben sie sich das gegenseitig eingestanden, während der Sturm der Geschäftemacher tobte.

Sie, die Gnomen, wollen ganz gerne zusammen Stämme schlagen und Balken behauen und Dach und Fach richten. Aber wer fragt nach ihnen?

Heute triumphiert der kapitalistische Wiederaufbau!

Neue revolutionäre Romane

Hermynia zur Mühlen, Der Tempel. — Viva-Verlag 1922. 151 S.

Oskar Maria Graf, Frühzeit. — Malik-Verlag (Roter Roman-Serie Bd. 5). 147 S.

Ein neues Werk der bekannten revolutionären Schriftstellerin, h. zur Mühlen, der feinfühligen Uebersetzerin Sinclairs. — Die frühreife Kindheit verlebt die Hauptperson des Romans im Judenviertel einer russischen Stadt, umwogt von den Scheußlichkeiten der Pogromhetze, dann wird er von einer Russin angenommen und muß für diese durch Singen zur Balalaika auf der Straße Geld zusammenbetteln. Eine Sängerin, deutscher Abkunft, liest ihn von der Straße auf und übergibt ihn einer verwandten Familie eines „deutschenglischen" Gymnasialoberlehrers, wo der Knabe unter Russenhaß weiter zu leiden hat. Mit einer abgefallenen Tochter des Professors finden wir ihn dann in Berlin in einem revolutionären Kreise, wo er als Kämpfer des Proletariats fällt. Neben den künstlerischen Vorzügen (z. B. die feine Umrahmung des Ganzen durch die jüdische Reichsgottessehnsucht) entrollt das Buch klar die Entwicklung der jüngsten Revolutionsgeschichte: Das Versagen der proletarischen Einheitsfront 1914, die Ermordung Jaurès, die Schande von Brest-Litowsk, das Trugbild der Bourgeoisie-Revolution 1918 und den Heldenkampf der Schar Liebknechts. Ein prächtiger, neuer Roman voll treffsichster Charakterzeichnungen, dessen Lektüre schwerlich zuviel empfohlen werden kann.

Der zweite Roman — gleichfalls ein Buch des Lebens — eine Selbstbiographie O. M. Grafs, des Verfassers von „Die Revolutionäre", „Amen und Anfang" und „Ua-Pua . . .!" So schlicht und doch so unergründlich tief in die eigene Seele dringend. Graf, Bäckerlehrling mit rasender Lesegier und früher Neigung zu geistiger Produktion, in verzweifeltem Suchen nach einem Verleger, wird rein zufällig Mitglied einer anarchistischen Gruppe und Freund des Malers Schrimpf. Furchtbar ergreifend — sein Leiden im Kriege, seine frühe Erkenntnis des militaristischen Unsinns und seine körperliche und seelische (bis an des Wahnsinns Rand gesteigerte) Auflösung; das alles wirkt in seiner Wirklichkeitstreue ungeheuer packend. Graf — ein Autodidakt, nicht behördlich abgestempelt und gänzlich unakademisch ist ein Titane des Geistes, ein heiliger Wildbach, ein Fahnenschwinger der Revolution. Wir harren seiner weiteren Werke.

K. W.

Briefkasten der Redaktion

P. St. 20. Leider unverwendbar. Erwünscht sind proletarische Kampfgedichte, keine naturschwärmerischen Ergüsse, vor allem aber Erzählungen aus dem Betrieb.

Um der Vereinfachung des Schriftverkehrs willen, bitten wir alle Einsender von Manuskripten, die kein Porto zur Rücksendung beilegen, ein Briefkastenmotto anzugeben, unter dem die Beantwortung an dieser Stelle erfolgen kann.

D. Red.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220529-11/fragment/page=0006